



Kurzprotokoll der 55. Sitzung

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Berlin, den 17. Februar 2016, 15:00 Uhr
10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Saal MELH 3.101

Vorsitz: Michael Brand, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt

Seite 9

Öffentliches Expertengespräch zum Thema:

**Humanitärer Weltgipfel 2016: Globale
Flüchtlingssituation - Finanzierung des
wachsenden humanitären Bedarfs sicherstellen**



Liste der geladenen Experten

VN-Organisationen

Katharina Lumpp

United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR)
Vertreterin des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Deutschland

Lucio Melandri

United Nations Children's Fund (UNICEF)
Humanitarian Affairs Specialist, Geneva Crisis Coordination Cell

Robert E. Smith

United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA)
Head of the World Humanitarian Summit Secretariat's Geneva Office

Ralf Südhoff

United Nations World Food Programme (WFP)
Leiter des UN World Food Programme in Deutschland, Österreich, Liechtenstein und der deutschsprachigen Schweiz

Europäische und internationale Organisationen

Dr. Jemilah Mahmood

Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRC)
Under Secretary General, Partnerships Division

Monique Müller

European Asylum Support Office (EASO)
Plan Coordinator of the Hotspot Operation Plan to Greece

Balthasar Staehelin

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)
Deputy Director-General

Christoph Wagner

European Commission's Humanitarian Aid and Civil Protection Department (ECHO)
Deputy Head of Unit, Directorate-General for Humanitarian Aid and Civil Protection Unit
A.1 (Strategy, Coordination and Inter-Institutional Relations)



Nationale Akteure der humanitären Hilfe

Esther Finis

Arbeiter-Samariter-Bund
Pressesprecherin

Andrea Hitzemann

Caritas International
Beauftragte für Caritas International
Berliner Büro

Christof Johnen

Deutsches Rotes Kreuz (DRK)
Leiter Internationale Zusammenarbeit

Sabrina Khan

Islamic Relief Deutschland e.V.
Leiterin der Programmabteilung

Mathias Mogge

VENRO
Hauptamtlicher Programmvorstand der Welthungerhilfe
Vorstandsmitglied VENRO

Susanne Wesemann

Handicap International e.V.
Geschäftsführerin



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Brand, Michael Fabritius, Dr. Bernd Heinrich (Chemnitz), Frank Jüttner, Dr. Egon Kampeter, Steffen Patzelt, Martin Steinbach, Erika	Frieser, Michael Kovac, Kordula Lengsfeld, Dr. Philipp Steiniger, Johannes Vaatz, Arnold Weiler, Albert Zertik, Heinrich
SPD	Diaby, Dr. Karamba Finckh-Krämer, Dr. Ute Glöckner, Angelika Heinrich, Gabriela Schwabe, Frank	Erler, Dr. h.c. Gernot Mützenich, Dr. Rolf Reichenbach, Gerold Schulte, Ursula Veit, Rüdiger
DIE LINKE.	Groth, Annette Höger, Inge	Hänsel, Heike Jelpke, Ulla
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Koenigs, Tom Nouripour, Omid	Amtsberg, Luise Schulz-Asche, Kordula

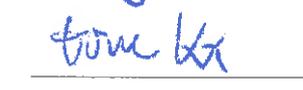


**Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
(17. Ausschuss)**

Mittwoch, 17. Februar 2016, 15:00 Uhr

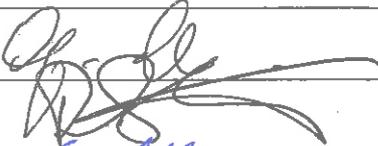
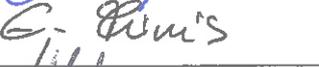
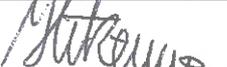
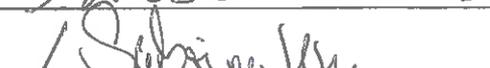
Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Brand, Michael		Frieser, Michael	_____
Fabritius Dr., Bernd		Kovac, Kordula	_____
Heinrich (Chemnitz), Frank		Lengsfeld Dr., Philipp	_____
Jüttner Dr., Egon	_____	Steiniger, Johannes	_____
Kampeter, Steffen		Vaatz, Arnold	_____
Patzelt, Martin	_____	Weiler, Albert	_____
Steinbach, Erika		Zertik, Heinrich	_____
Woltmann	Woltmann		
SPD		SPD	
Diaby Dr., Karamba	_____	Erler Dr. h.c., Gernot	_____
Finckh-Krämer Dr., Ute		Mützenich Dr., Rolf	_____
Glöckner, Angelika		Reichenbach, Gerold	_____
Heinrich, Gabriela	_____	Schulte, Ursula	_____
Schwabe, Frank		Veit, Rüdiger	
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Groth, Annette		Hänsel, Heike	_____
Höger, Inge		Jelpke, Ulla	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Koenigs, Tom		Amtsberg, Luise	_____
Nouripour, Omid	_____	Schulz-Asche, Kordula	



Anmeldeliste Experten

Name	Unterschrift
Johan Cels	
Ralf Südhoff	
Christoph Wagner	
Esther Finis	
Andrea Hizemann	
Susanne Wesemann	
Sabrina Khan	
Mathias Mogge	
Lucio Melandri	
Robert E. Smith	
Monique Müller	
Balthasar Staehelin	
Christof Johnen	
Jemilah Mahmood	



Off.

**Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
(17. Ausschuss)**

Mittwoch, 17. Februar 2016, 15:00 Uhr

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU		
SPD		
DIE LINKE.		
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		

Fraktionsmitarbeiter

Name (Bitte in Druckschrift)	Fraktion	Unterschrift
Kim Wikidobey	DIE LINKE	<i>[Handwritten Signature]</i>
Klostermann	SPD	<i>[Handwritten Signature]</i>
Wahmann	Grüne	<i>[Handwritten Signature]</i>
Bentke	Grüne	<i>[Handwritten Signature]</i>
Bückner	Grüne	<i>[Handwritten Signature]</i>
Jörg Wollendorf	CDU/CSU	<i>[Handwritten Signature]</i>
Ben Wunnenberg	-	<i>[Handwritten Signature]</i>



Tagesordnungspunkt

Öffentliches Expertengespräch zum Thema:

Humanitärer Weltgipfel 2016: Globale Flüchtlingssituation - Finanzierung des wachsenden humanitären Bedarfs sicherstellen

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich darf Sie alle ganz herzlich willkommen heißen zur 55. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Öffentlichen Expertengespräch mit dem Titel „Humanitärer Weltgipfel 2016: Globale Flüchtlingssituation – Finanzierung des wachsenden humanitären Bedarfs sicherstellen“. Wir freuen uns, dass so viele Besucher gekommen sind. Wir haben die Veranstaltung heute breit gestreut, weil das Thema dem Ausschuss ein großes Anliegen ist. Es zeigt sich auch, dass es richtig und notwendig ist, dass dieser Ausschuss sich stärker um den Bereich der humanitären Hilfe kümmert. Deswegen allen einen herzlichen Willkommensgruß, den Gästen ganz besonders, ein hochkarätiges Team, das heute bei uns ist. Ich begrüße auch in unserer Runde Frau Aderhold vom Auswärtigen Amt, Leiterin des Referates für Humanitäre Hilfe.

Uns allen geht es sicherlich so, dass uns die Themen, die uns hier zusammengeführt haben, auch persönlich umtreiben und uns nicht in den Kleidern steckenbleiben. Ich will, bevor wir in das Gespräch einsteigen, die Frage stellen: Was muss eigentlich noch alles passieren, damit die Ankündigungen bei Geberkonferenzen auch in die Tat umgesetzt werden? Es hat jetzt bei der letzten Geberkonferenz historischen Zusagen gegeben. Aber Zusagen sind, wie wir wissen, noch lange nicht das Geld. Es muss endlich Schluss sein mit Zusagen, die nicht eingehalten werden und die Geber müssen auch dafür sorgen. Das hat auch mit Strukturen zu tun. Auch das ist ein Thema: dass nämlich die Unterstützung bei den Betroffenen, bei den Opfern auch ankommt. Jetzt wird gehungert,

jetzt wird gestorben, die Zündschnur wird immer kürzer und es steht verdammt viel auf dem Spiel. Das ist, glaube ich, allen hier bewusst, die mit diesem Themenbereich zu tun haben, die auch in der Vergangenheit immer wieder als Rufer aufgetreten sind, aber auf die auch in der Vergangenheit nicht immer gehört worden ist. Erst, als „die Korken aus der Flasche geflogen“ sind, um es einmal salopp zu sagen, sind einige aufgewacht. Aber wer jetzt nicht konsequent handelt, der macht sich schuldig an Tausenden von Menschenleben und der Destabilisierung ganzer Regionen und Länder. Hier ist die Weltgemeinschaft gefordert und ohne eine Kurskorrektur in Europa und eine Kraftanstrengung aller kann die jetzige Krise zu einer Existenzkrise Europas werden. Wir wissen auch: Wenn wir die Bekämpfung der Ursachen in dem Maße intensivieren würden, wie es schon länger erforderlich ist, würden wir dazu beitragen, dass Hunderttausende, nein Millionen Flüchtlinge sich eben nicht auf den Weg machen und wir die Folgen mit Milliarden abfedern müssten.

Wir haben heute später begonnen. Es hat eine Regierungserklärung der Bundeskanzlerin vor dem Gipfel in Brüssel gegeben. Sie hat davon gesprochen, dass wir vor einer historischen Bewährungsprobe stehen. Das ist nicht untertrieben, sondern es beschreibt die Lage, glaube ich, sehr präzise. Die Lage ist nicht nur ernst, sondern auch manchmal deprimierend. Aber ich will abschließend sagen: „Wegducken“ gilt nicht, sondern jetzt geht es darum, alles Menschenmögliche zu tun, um diese Krise zu bewältigen und vor allen Dingen die im Blick zu haben, die sie betrifft.

Wir haben heute ein besonderes Format, keine Anhörung im üblichen Sinne, denn besondere Zeiten erfordern besondere Formate. Es war der Wunsch von allen Kollegen aus dem Ausschuss: Vierzehn Experten in drei Blöcken.

Wir haben außerdem ein strenges Zeitregime. Damit wir in den drei Stunden gut durchkommen – wegen der Regierungserklärung sind wir jetzt



später dran – habe ich die Bitte, wie wir es auch kommuniziert und in der Einladung aufgeführt haben, dass jeder in den einzelnen Blöcken ein Eingangsstatement von maximal fünf Minuten gibt und wir dann auch wirklich nach fünf Minuten abbrechen, so dass wir in jedem Block noch einmal 20 bis 25 Minuten Zeit haben, um zu diskutieren. Der Appell – auch das bin ich bei einer Sondersitzung des Ausschusses heute Morgen schon losgeworden- lautet, dass die Kollegen bitte in einer Minute Fragen stellen und dass dann die Antworten maximal drei Minuten dauern, damit wir nicht nach zwei Blöcken enden müssen. Das wäre unfair allen Beteiligten gegenüber, die im dritten Block sind. In dem Sinne danke ich Ihnen für diszipliniertes Arbeiten. Ich will darauf hinweisen, dass die heutige Sitzung auch live im Internet übertragen wird und dort auch abgerufen werden kann. Ich setze das Einverständnis voraus, dass auch Kollegen aus anderen Ausschüssen hier Rede- und Fragerecht haben. Es wird ein Wortprotokoll angefertigt.

Ich möchte abschließend darauf hinweisen, dass unsere erste Expertin, Frau Katharina Lumppp vom UNHCR nicht bei uns sein kann. Sie begleitet heute den neuen Flüchtlingskommissar, der zu Gesprächen in Berlin ist. Aber umso mehr freuen wir uns, dass jetzt als erster Johan Cels aus Genf, der im UNHCR der zuständige Koordinator für den humanitären Weltgipfel ist, das Wort ergreifen wird. Ihm gehören die ersten fünf Minuten. Noch einmal ein ganz herzliches Dankeschön im Namen der Kolleginnen und Kollegen für ihr Kommen.

SV Johan Cels (UNHCR): Ich danke Ihnen sehr, Herr Vorsitzender und liebe Kollegen, für diese Gelegenheit, an diesem Fachtreffen teilzunehmen, denn wie Sie ganz richtig sagten, Herr Vorsitzender, ist dies ein historischer Augenblick. Etwa 60 Millionen Menschen sind gegenwärtig von Vertreibung betroffen, und wir gehen davon aus, dass diese Zahl weiter steigen wird, da die internationale Gemeinschaft kaum Fortschritte macht, diese ausgedehnten Krisen zu beenden, mit

denen wir es hier zu tun haben.

Ich denke, durch die syrische Flüchtlingskrise und die Flüchtlingsbewegung nach Europa ist die Flüchtlingsproblematik ins Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit gelangt. Über eine Million Menschen sind 2015 nach Europa geflohen, und in den ersten sechs Wochen dieses Jahres waren es bereits weitere 80.000. Wie wir der Berichterstattung hier in Deutschland, aber auch in allen anderen Ländern Europas entnehmen können, sind die damit zusammenhängenden Belastungen und Herausforderungen beträchtlich. Und darum möchte ich Deutschland und der deutschen Bevölkerung im Namen von UNHCR für ihre Unterstützung danken, sowohl in Hinblick auf die Aufnahme von Flüchtlingen als auch auf die finanzielle Unterstützung von Flüchtlingen in Deutschland und weltweit. Deutschland hat im vergangenen Jahr sehr großzügige Mittel in Höhe von 143 Millionen € zur Verfügung gestellt. Dank dieser Unterstützung waren wir in der Lage, Flüchtlingen Hilfe und Schutz zu bieten, damit sie in ihren Gastgemeinden bleiben können.

Um kurz auf den Weltgipfel für Humanitäre Hilfe einzugehen – ich möchte nur schnell fünf Hauptbereiche hervorheben, auf die wir uns konzentrieren möchten. Der erste betrifft die Frage: Was bedeuten Global Compact und die gemeinsame Verantwortung für große Flüchtlingsbewegungen? Herr Vorsitzender, dies berührt auch Ihre Idee zu Prävention und Lösungen. Wie Sie wissen, hat der Generalsekretär eine Roadmap zum Umgang mit großen Flüchtlingsbewegungen gefordert. Das erste Treffen hierzu findet am 30. März in Genf statt, wo wir auf Ministerebene darüber sprechen werden, wie mit der syrischen Flüchtlingskrise umzugehen ist, um umfangreicheres Resettlement zu erreichen, aber den Flüchtlingen auch alternative Pfade anzubieten – damit meine ich Familienzusammenführung, humanitäre Visa, Stipendien, privates Sponsoring.

Im zweiten Schritt werden diese Vorschläge beim Weltgipfel für Humanitäre Hilfe vorgestellt und



diskutiert. Im Anschluss daran wird am 19. September eine Sondersitzung der Generalversammlung in New York zum Umgang mit großen Flüchtlings- und Migrantenströmen stattfinden, unmittelbar vor der Eröffnung der Generalversammlung und unter dem Vorsitz des Präsidenten der Generalversammlung. Ich denke, dass es sehr wichtig ist, eine Roadmap zu haben, die einen globalen Ansatz für eine Reaktion auf diese großen Flüchtlingsströme aufzeigt.

Und nun zu meinem zweiten Punkt: neue Möglichkeiten, ausgedehnte Krisen zu bewältigen. Im Bericht des Generalsekretärs zum Weltgipfel für Humanitäre Hilfe wird der Frage beträchtliche Aufmerksamkeit gewidmet, wie sich die Herausforderungen bewältigen lassen, die mit der Trennung von humanitärer und Entwicklungshilfe einhergehen. Der Bericht enthält einige gute Vorschläge, und ich denke, es ist sehr wichtig, dass wir erkennen, dass Flüchtlinge wertvoll sind – sie sind nicht notwendigerweise eine Belastung, auch wenn das oft so dargestellt wird. Sie sind gebildet, sie können Beiträge zur Gesellschaft leisten und etwas bewirken, wenn wir ihnen die Chance auf Zugang zu Gesundheitsversorgung, Beschäftigung und sozialen Diensten bieten. Damit würden wir ihnen auch dabei helfen, in ihre Heimat zurückzukehren und dort zum Wiederaufbau beizutragen. Denn eine erfolgreiche Rückkehr in die Heimatländer ist letztlich die wünschenswerteste Lösung. In diesem Zusammenhang werden wir ein Treffen mit der Weltbank, dem DFID (Department for International Development), der UNCA (U.N. Correspondents Association) und den Aufnahmeländern organisieren, um hierzu neue Möglichkeiten zu erörtern. Herr Vorsitzender, Sie sprachen die Londoner Geberkonferenz an – dies war einer der Punkte, die dort angesprochen und erörtert wurden.

Drittens geht es um die zentrale Bedeutung des Schutzes – die von Konflikten betroffenen Menschen müssen im Mittelpunkt stehen. Sie sind

diejenigen, um deren Rechte es geht, sie sind Schlüsselfiguren jeder humanitären Aktion und Lösung. Wir müssen daher sicherstellen, dass humanitäre Hilfe Leben rettet, Sicherheit bietet und Leid mindert. Der Bericht des Generalsekretärs enthält sehr klare Worte zum humanitären Völkerrecht und den Menschenrechten, und ich denke, das ist sehr gut. Es ist ebenfalls positiv, dass sich die internationale Gemeinschaft in der gegenwärtigen Situation erneut der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und dem Grundsatz der Nichtzurückweisung verpflichtet erklärt, sodass die aktuelle Debatte zur Rechtsgültigkeit der Genfer Flüchtlingskonvention zurückgestellt wird, denn die Konvention ist für den Schutz von Flüchtlingen sehr wichtig.

Lassen Sie mich kurz zu meinem letzten Punkt kommen – ich lasse das Thema Innovation hier aus, denn ich denke, das kann später noch kommen. Es geht um den großen Deal über die Finanzierung humanitärer Hilfe. Dies ist einer der Hauptteile des Berichts des Generalsekretärs, was wir sehr begrüßen, denn das Konzept, hier zu vereinfachen [Sprecher zögert] und mehr nicht zweckgebundene Mittel zu haben, ist sehr wichtig, ebenso wie ein harmonisiertes Berichtswesen und sehr viel mehr Transparenz und Effektivität seitens der humanitären Organisationen. Lassen Sie mich damit schließen. Ich zähle sehr auf Deutschlands Unterstützung für einige der hier genannten Engagements. Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Bei uns ist der Experte für humanitäre Hilfe von UNICEF aus Genf. Sie haben das Wort.

SV **Lucio Melandri** (UNICEF): Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren, guten Tag. Mein Name ist Lucio und ich bin hier als Vertreter von UNICEF. Dabei maße ich mir an, als Stimme der Kinder zu sprechen. Ich komme aus Genf, wo ich die Koordinierungsstelle für Flüchtlinge und Migranten in Europa leite. Eigentlich stamme ich jedoch aus Jordanien – aus Amman – und aus Syrien, wo ich die vergangenen



drei Jahre gelebt habe. Meine Absicht hier ist es, für die Kinder zu sprechen, die ich an der syrisch-jordanischen Grenze und im Libanon kennen gelernt habe und die seit fünf Jahren großes Leid erleben. Noch nie in der modernen Geschichte war der Begriff „humanitär“ von so vielen gleichzeitig stattfindenden Notsituationen und Krisen geprägt, die Kinder betreffen. Mehr als 250 Millionen Kinder leben heute in Konfliktgebieten. Und es gibt noch weitere – unsere Kollegen von UNHCR sprachen von über 60 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen weltweit. Fast die Hälfte dieser Flüchtlinge und Vertriebenen sind Kinder. Über 500 Millionen Kinder sind direkt von den Folgen der Klimakatastrophe bedroht. Und die Anzahl der Kinder, die heute von Konflikten und Kriegen eingeschlossen sind, steigt ständig weiter. Es gibt keine lokalen Krisen mehr, sondern die Situation wird zum globalen Problem. Das Problem ist nicht mehr nur der Krieg in Syrien. Und seit dem letzten Jahr hat Deutschland erlebt, dass sich die Situation zu einer globalen Krise ausweitet, die weltweiter Aufmerksamkeit bedarf.

Das humanitäre System und das System seiner Finanzierung stehen jetzt an einem Wendepunkt. UNICEF hat einen umfassenden Vorschlag: Zuerst müssen wir dafür sorgen, dass die Finanzierung besser im Sinne der Kinder funktioniert. Zu lange galt das hier bereits erwähnte Paradigma, zwischen humanitären Notlagen und Entwicklungshilfe zu unterscheiden, was dazu führte, dass die Finanzierung der Notlagenhilfe Vorrang hatte und zu deutlich von der Entwicklungshilfe abgegrenzt war. Die globale Lage verlangt ab sofort nach einem anderen Ansatz. Sie verlangt langfristige Finanzierung, sie verlangt ein neues Paradigma, das die beschriebene Abgrenzung überwindet und sie verlangt danach, dass wir die Grundlage für bessere Interventionen im Interesse der Kinder schaffen. Zweitens müssen wir die zentrale Bedeutung von Schutz und Bildung bekräftigen. Syrien ist hierfür ein gutes Beispiel: Wir stehen hier vor der Gefahr, ganze Generationen zu verlieren. Die Kinder haben

keinen Zugang zu Bildung, und Sie verstehen wahrscheinlich besser als ich, was das bedeutet. In ein paar Jahren wird es Millionen Kinder ohne Chancen und Zukunftsperspektiven geben. Dies wird mit größter Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass diese Kinder und Jugendlichen sich zu radikalen und kriminellen Gruppen hingezogen fühlen. Drittens müssen wir eine stärkere Teilhabe von Kindern und Jugendlichen fördern. Wir müssen mehr von ihnen selbst hören. Malala ist ein Beispiel hierfür, und es gibt noch viele weitere. Kinder haben etwas zu sagen! Und wir sollten ihnen jedes Mal zuhören, wenn wir Entscheidungen treffen. Viertens und letztens müssen wir uns besser auf die zukünftigen Gefahren und Risiken vorbereiten, denen die Kinder entgegensehen, und wir müssen besser in diese Vorbereitung investieren. Durch Innovationen, Technologien und fortschrittliche Ansätze können wir die Prävention von Krisen, wie wir sie heute erleben, besser finanzieren und umsetzen.

Dank der Unterstützung durch die deutsche Regierung und viele weitere Geldgeber war UNICEF im vergangenen Jahr in der Lage, viele dieser Kinder in Konfliktgebieten zu unterstützen. Doch die Londoner Geberkonferenz ist, wie vor wenigen Minuten [unverständlich] erklärt wurde, ein historischer Moment. Sie wurde von der internationalen Gemeinschaft anerkannt und legt – insbesondere dank des Engagements der deutschen Regierung – das Fundament für eine neue Form der Finanzierung im Sinne der Notleidenden. Unser [Ziel] lautet folgendermaßen: Deutschland war bisher einer der weltweit wichtigsten Geldgeber für UNICEF, und dafür sind wir Deutschland äußerst dankbar. Es hat etwas für die Kinder bewirkt. Es hat im Rahmen der „No Lost Generation“-Initiative etwas bewirkt. Es hat bewirkt, dass mehr Kinder Zugang zu Bildung haben. Wir müssen uns nur gemeinsam anstrengen. Abschließend möchte ich eine einfache Feststellung machen: Für keine der Krisen, die wir gerade erleben, sind Kinder verantwortlich. Und doch tragen sie die größte



Last. Der Aufwand, den es kostet, eine ganze Generation zu retten, ist unwesentlich. Der Gewinn ist unschätzbar hoch. Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Bei uns ist Robert Smith von OCHA, der Leiter des Genfer Büros für den humanitären Weltgipfel. Sie haben das Wort.

SV **Robert E. Smith** (OCHA): Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und auch den Mitgliedern des Ausschusses für die Gelegenheit, hier vor Ihnen zu sprechen. Deutschland ist ein Hauptakteur in der humanitären Hilfe und kann eine Schlüsselrolle beim UN-Weltgipfel für Humanitäre Hilfe übernehmen. Die Gründe, die einen Weltgipfel für Humanitäre Hilfe notwendig machen, sind allgegenwärtig: die zunehmende Häufigkeit und Schwere von Naturkatastrophen, wachsende Bevölkerungen und Bevölkerungskonzentration in den Städten sowie Konflikte, die immer größer, ausgedehnter und komplexer werden. Das internationale humanitäre System ist überlastet, und ein Ende ist derzeit nicht in Sicht. Doch es gibt auch positive Nachrichten: Regierungen weltweit haben einen stärkeren politischen Willen und sind eher in der Lage, ihre Katastrophen zu bewältigen. Es gibt Wirtschaftswachstum, neue Technologien und Verfahren werden entwickelt, neue Partnerschaften und neue humanitäre Akteure entstehen. Hierzu zählen der Privatsektor, die Zivilgesellschaft, Diaspora-Gemeinden, Militäreinrichtungen, regionale Organisationen sowie Forscher und Wissenschaftler. Im Kontext dieser Herausforderungen und Chancen bringt der Weltgipfel für Humanitäre Hilfe führende Verantwortliche zusammen, um neue Prioritäten, Verfahren, Regeln und Partnerschaften festzulegen und damit Lösungen für die zunehmenden Probleme zu finden. Wir können nicht einfach weitermachen wie bisher und hoffen, dass sich alles zum Guten wendet. Wir müssen diese Krise zu einem Wendepunkt machen.

Der Generalsekretär umreißt in seinem Bericht fünf Hauptaufgaben, die der Weltgipfel erfüllen soll.

Erstens, so sagt er, müssen wir politische Führung dazu einsetzen, Konflikten vorzubeugen und sie zu beenden. Nur dadurch lassen sich die derzeit untragbaren Belastungen des humanitären Systems verringern. Zweitens müssen wir die Rechte und Grundsätze verteidigen, die unsere Menschlichkeit schützen. Konkret sind das: das humanitäre Völkerrecht, die Menschenrechte, das Flüchtlingsrecht und die humanitären Grundsätze. Drittens dürfen wir keines der am stärksten gefährdeten und von Krisen betroffenen Völker im Stich lassen. Das ist auch ein Versprechen der Ziele nachhaltiger Entwicklung. Viertens müssen wir unsere Hilfe dahingehend ändern, dass sie Not nicht mehr nur lindert, sondern ihr ein Ende bereitet. Das bedeutet Belastbarkeit, Bereitschaft, am Menschen orientierte Ansätze sowie einen Fokus auf lokale und nationale Helfer. Fünftens müssen wir all dies dadurch möglich machen, dass wir in humanitäre Zwecke investieren. Die ewigen Finanzierungsprobleme in der humanitären Hilfe sind eindeutig lösbar, und zwar nicht nur durch mehr Geld, sondern auch durch einen besseren Einsatz der Geldmittel.

Welche Bedeutung hätte ein erfolgreicher Weltgipfel für alle humanitären Akteure und für Länder wie Deutschland? Ich würde sagen und hoffe, dass er dazu führen wird, dass humanitäre Organisationen und Geldgeber sowohl einzeln als auch gemeinsam effektiver arbeiten, dass mehr neue Geldgeber für die humanitäre Hilfe gewonnen werden, dass langwierigen Krisen besser begegnet und den von ihnen betroffenen Menschen besser geholfen wird. Dazu zählen zum Beispiel ein besserer Schutz, Zugang zu sozialen Diensten, die Chance auf Arbeit und ein Lebensunterhalt sicherndes Einkommen für Flüchtlinge wie diejenigen, die sich in den Nachbarländern Syriens aufhalten. Weiterhin bedeutet ein erfolgreicher Gipfel eine größere Ausgewogenheit zwischen internationalen und lokalen, nationalen und regionalen Hilfsorganisationen. Schließlich und vor allem bedeutet er einen weltweit stärkeren politischen Willen, die Ursachen von Not zu



bekämpfen, insbesondere Konflikte und extreme Armut, sowie sich angemessen auf Risiken vorzubereiten und sie zu vermindern. Es gibt viel, wofür wir Deutschland dankbar sind, auch für die deutliche Erhöhung der Mittel für die humanitäre Hilfe, besonders in den letzten Jahren – ich denke, dass dieser Ausschuss dabei eine wichtige Rolle gespielt hat. Und obwohl der Weltgipfel sicher Impulse für weitere Finanzierungsquellen und -methoden geben wird – zum Beispiel durch Schwellenländer, islamische Sozialfonds und versicherungsartige Finanzierungsmechanismen – wird auch die kontinuierliche, offizielle humanitäre Hilfe weiterhin unverzichtbar sein, denn sie ist verlässlich und basiert auf Prinzipien. Der deutschen Regierung gebührt auch Dank für die vorbildliche Praxis und fortschrittlichen Methoden der Finanzierung, die sie angeführt und deren Machbarkeit sie bewiesen hat. Hierzu zählen die mehrjährige Finanzierungssicherung humanitärer Hilfe, die Mittelbereitstellung für die Vorbereitung und den Kapazitätsaufbau sowie die Finanzierung von und Zusammenarbeit mit Akteuren vor Ort. Natürlich gebührt der deutschen Regierung auch Dank dafür, dass sie den Weltgipfel für Humanitäre Hilfe von Anfang an unterstützt und als Gastgeber der beiden thematischen Konsultationen in Bonn und hier in Berlin fungiert hat. Wir danken Ihnen für Ihr starkes Engagement, Ihre bedeutende Unterstützung und Befürwortung und den so wichtigen finanziellen Beitrag zur Arbeit des Weltgipfel-Sekretariats – wenngleich uns noch ein bisschen fehlt, um zum Ziel zu kommen. Diese Unterstützung kam nicht nur von Seiten der Bundesregierung, sondern auch von deutschen NGOs, der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft, besonders von engen Partner wie DHL Deutsche Post.

Ebenfalls zu Dank verpflichtet sind wir der Europäischen Kommission und der Europäischen Union, die uns auf allen Ebenen aktiv unterstützen. Abschließend habe ich zwei Bitten. Die erste richtet sich ganz allgemein an die deutsche Regierung: Bitte verdoppeln Sie Ihr Engagement in

dieser letzten Phase der Vorbereitung, treten Sie für Ihre wichtigsten Themen ein, da die Zusagen im Vorfeld des Gipfels entwickelt werden, sorgen Sie dafür, dass Politiker der höchsten Ebene am Weltgipfel teilnehmen, und fordern Sie Ihre Kollegen und Partner in ganz Europa auf, es Ihnen gleichzutun. Deutschland hat zweifelsohne großen Einfluss innerhalb der Europäischen Union, in anderen atlantischen Bündnissen und bei seinen Kooperationspartnern. Vergeuden wir also nicht die Chance, diesen Einfluss im Sinne der Menschheit zu nutzen. Meine zweite Bitte richtet sich konkret an diesen Ausschuss und an den Bundestag: Bitte verfolgen Sie die letzte Vorbereitungsphase und den Weltgipfel selbst aufmerksam mit, denn es ist möglich, dass im Anschluss gesetzgebende Maßnahmen erforderlich oder wünschenswert sind, damit die dort getroffenen Zusagen erfüllt werden können. Bitte beraten Sie Ihre jeweiligen Ministerien hinsichtlich ihres Engagements und der Entwicklung ihrer Verpflichtungen und ermutigen Sie sie dazu, hierbei unerschrocken vorzugehen. Vielleicht hilft es auch, ihnen zu versichern, dass das politische Umfeld kühne Schritte unterstützt. Wir zumindest hoffen das. Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Ralf Südhoff, den Leiter des World Food Programmes in Deutschland, Österreich, Liechtenstein und der deutschsprachigen Schweiz. Sie haben das Wort.

SV **Ralf Südhoff** (WFP): Ganz herzlichen Dank. Mein Mikro blinkt, deswegen zögere ich und verschenke meine ersten zehn Sekunden. Auf die Gefahr hin, meine erste Minute zu verschwenden, erlauben Sie mir eine Vorab-Bemerkung. Zu dieser Zeit mit weiteren Wünschen und Kommentaren zu Reformen des humanitären Systems und Erwartungen insbesondere an die Bundesregierung heranzutreten, wäre ein spezieller Moment. Deutschland leistet in dieser größten Flüchtlingskrise Immenses intern wie auch in der Region. Die historischen Zusagen der London-Konferenz können wir, glaube ich, gar nicht hoch



genug schätzen, und es ist mir wichtig, das hier vorzuschicken, um dann insbesondere auch darüber zu sprechen, was das System an sich und auch die Hilfsorganisationen selbst leisten müssten, um das humanitäre System gegen die multiplen Krisen, die wir heute in der Tat sehen, besser zu wappnen.

Ausgangspunkt meiner drei Thesen, die ich Ihnen hierzu gerne ganz kurz mitteilen möchte, ist folgendes: Aus unserer Sicht ist das humanitäre System nicht gescheitert oder in einer grundlegenden Krise, aber es ist latent überfordert. Eine Verzehnfachung des Bedarfs an humanitärer Hilfe, oder je nach Rechnung jedenfalls eine Multiplizierung, würde jedes System überfordern. Stellen Sie sich vor, das deutsche Gesundheitssystem müsste binnen weniger Jahre plötzlich drei bis vier Mal so viele Patienten versorgen – was für ein Erdbeben das selbst hierzulande auslösen würde. Die Herausforderungen sind deswegen immens für die Helfer und natürlich auch für die Geberstaaten und jedes System, das vor solchen Herausforderungen steht, müsste sich reformieren. Nehmen Sie das Beispiel von WFP. Wir haben uns vor einigen Jahren gefragt, wie wir eigentlich mit dem Problem umgehen sollten, wenn es nicht nur eine Großkrise, sondern gleichzeitig zwei oder gar drei gebe und haben uns dagegen gewappnet. Heute haben wir das Problem, dass wir in den letzten Jahren, wie Sie wissen, vier, vor einem Jahr sogar fünf Großkrisen zugleich hatten und das System vor dieser Herausforderung natürlich massiv gefordert, wenn nicht überfordert war. Umso dringender sind aus unserer Sicht die Fragen: Wie kann die humanitäre Hilfe noch effektiver und effizienter werden? Wie kann jeder Euro, der nicht zweimal ausgegeben werden und der auch nicht endlos bereitgestellt werden kann – selbst nicht von der Bundesregierung – bestenfalls für mehrere Ziele eingesetzt werden und beispielsweise nicht nur „für die Nothilfe und das nackte Überleben“? Und welche Herausforderung und Hausaufgaben müssen auch wir Helfer dabei machen? Drei Punkte

würde ich hierzu, auch in Absprache mit meinem Kollegen vom UNHCR, machen, die sich insbesondere auf den Bericht des High Level Panel on Humanitarian Financing fokussieren.

Erste These: Nothilfe und Entwicklungshilfe müssen heute stärker denn je integriert werden. Wir haben ein humanitäres System, das darauf nicht vorbereitet ist. Das trifft beispielsweise auch für WFP selbst zu. Wir haben eine Situation, in der heute 80 Prozent der humanitären Hilfe für Kriege und Konflikte benötigt werden und nicht für kurzzeitige Naturkatastrophen, die womöglich nach wenigen Monaten behoben sind. Der Großteil der Hilfe geht dabei in Krisen, die sieben Jahre oder sogar noch länger dauern. Wir haben Flüchtlingsbewegungen, wo viele Flüchtlinge im Schnitt 20 Jahre auf der Flucht sind und nicht etwa 20 Wochen oder 20 Monate, wie man meinen könnte. Das hat dramatische Folgen für unser Denken zwischen vermeintlich kurzzeitiger humanitärer Hilfe und langfristigen Entwicklungsprogrammen. Diese Silos, in denen wir lange gedacht und auch vielfach gearbeitet haben, müssen wir deswegen noch viel schneller überwinden. Damit geht aber auch die Chance einher, die klassische Gretchenfrage zu überwinden: Geben wir den Euro, den wir haben, für das Retten der Opfer einer Flut, einer Überschwemmung oder investieren wir in den Damm, damit künftige Generationen von dieser Flut gar nicht getroffen werden? Das Ziel muss stärker denn je sein – und wir müssen, glaube ich, auch unsere Hausaufgaben besser denn je machen – , Nothilfe und Resilienz, klassische humanitäre Hilfe und mittelfristige Stabilisierungsprogramme, die man in der Vergangenheit eher in der Entwicklungszusammenarbeit gesehen hat, miteinander zu verbinden. Beispiel Cash for Work-Programme – sie wurden heute auch schon erwähnt: Die kurzfristige Nothilfe in Form von Bargeld beispielsweise für den Bauern, der damit in der Phase dieser Nothilfe überleben kann, aber als Gegenleistung in Arbeitsprogrammen Dämme baut, um eben gegen die nächste Flut geschützt zu



sein.

Zweite These: Die Finanzierung des humanitären Systems muss sich ändern, damit wichtige Reformen möglich sind. Der High Level Report appelliert an die Geber, so flexibles, vorhersehbares und mehrjähriges Funding zu geben wie möglich. Deutschland hat, glaube ich, hier ein Beispiel gesetzt in den vergangenen zwei bis drei Jahren. Was ist das Problem? Nicht unbedingt die Höhe des Funding - das ist natürlich eine Herausforderung bei wachsenden Needs -, aber auch die Art des Funding. Nehmen Sie das Beispiel von WFP, das wirklich nur ein Beispiel ist, aber quasi auch alle unsere Partner, soweit ich weiß, betrifft: Zuwendungen, die auf ein Kalenderjahr bezogen sind, erlauben es vielfach nicht, über das Kalenderjahr hinaus zu planen. Mehrjähriges Funding ist für WFP etwas, das wir nur zu zehn Prozent unseres Budgets bekommen. Wir haben Schätzungen durchgeführt: Das führt zu Kostensteigerungen von 30 Prozent, weil wir Hilfsgüter nicht dann kaufen können, wenn sie günstig wären und nicht dann transportieren können, wenn es günstig wäre.

Flexibles Funding - der High Level Report plädiert für 30 Prozent flexibles Funding für die Hilfsorganisationen. In Wirklichkeit liegt der Wert heute bei etwa acht Prozent dessen, was wir bekommen - ich rede jetzt immer von den globalen Zahlen, nicht von Deutschland - und die Tendenz ist eher fallend. Als Folge waren beispielsweise in der Ebola-Krise unsere Operationen in Liberia teilweise überfinanziert, aber in Guinea unterfinanziert. Wir konnten daran nichts ändern, weil wir nichts an der Zweckbindung der Mittel ändern konnten. Deutschland hat - das Lob füge ich noch schnell an, weil ich weiß, ich bin über meine Zeit - in der Syrien-Krise auf der London-Konferenz hierzu beispielhafte Zusagen gemacht, hat in der Vergangenheit bereits in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt strategische Kooperationen eingeleitet, mehrjähriges Funding, Resilienz-Programme mit

dem BMZ, die hier ganz entscheidende Schritte sind, einschließlich der Berliner Syrien-Konferenz.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Die Hilfsorganisationen müssen an drei Baustellen arbeiten: Transparenz, Koordination und Innovation. Auf die gehe ich sehr gern in Ihren Fragen dann auch ein. Danke.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Das waren die Eingangsstatements im ersten Block „VN-Organisationen“. Wir kommen jetzt in eine Fraktionsrunde. Bitte auf eine Minute beschränken, damit wir auch noch Antworten haben. Für die CDU/CSU-Fraktion Frau Kollegin Steinbach.

Abg. **Erika Steinbach** (CDU/CSU): Ich bedanke mich für Ihre Berichte. Ganz kurze Fragen, damit für die anderen Blöcke auch noch Zeit bleibt. Wir gehen von 60 Millionen Menschen aus, die Hilfe brauchen, die unterwegs sind, die auf der Flucht sind, und dass allen daran gelegen ist, den Menschen dort in ihrer Heimat eine Chance zu geben. Aber nach allem, was wir wissen, ist das erst die Vorhut dessen, was uns noch erwarten kann. Es gibt Prognosen, dass wir mit 400 bis 500 Millionen Menschen, die wanderungsbereit sind, rechnen müssen. Sind Sie dafür gewappnet?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Für die Fraktion DIE LINKE. Frau Kollegin Groth. Ich würde empfehlen, vielleicht noch zu adressieren, wer antworten soll.

Abg. **Annette Groth** (DIE LINKE.): An Herrn Südhoff, weil Sie gerade herausstrichen, es gebe drei große Felder, auf die man sich stürzen müsste, unter anderem Koordination. Ich war gerade letzte Woche in Jordanien und Libanon und muss Ihnen sagen, dass ich da ich von allen Seiten von dieser Notwendigkeit der Koordination gehört habe. Wenn man natürlich in so einem kleinen Land sehr, sehr viele Organisationen hat, UN-Organisationen und noch ungefähr 60 internationale NGOs, dann ist die Sache, glaube ich, ziemlich klar - ich übertreibe jetzt etwas: Dann



weiß die rechte Hand nicht, was die linke tut. So viel Personalkosten – und dann sitze ich unterernährten Frauen gegenüber; ich muss schon sagen, das war teilweise ziemlich hart. Da ist Koordination gefordert – vielleicht ist manchmal weniger Personal besser, das könnte man wesentlich effektiver einsetzen. Eine Dame vom Lutherischen Weltbund hat mir das ganz klar so gesagt.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Für die Fraktion der SPD Frau Kollegin Finckh-Krämer.

Abg. Dr. **Ute Finckh-Krämer** (SPD): Vielen Dank auch von meiner Seite. Flüchtlinge sind nicht nur Menschen mit Rechten, sondern, zumindest die Erwachsenen unter ihnen, auch Menschen mit Fähigkeiten. Was muss aus Sicht derer, die jetzt nicht von UNICEF kommen, also nicht nur für Kinder zuständig sind, getan werden, um diese Fähigkeiten, die die Flüchtlinge mitbringen, besser zu nutzen? Frage an alle außer an UNICEF, weil alle anderen die Erwachsenen mit im Blick haben.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Koenigs.

Abg. **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich bedanke mich für Ihre Interventionen und bedanke mich auch dafür, dass Sie Deutschland so positiv erwähnen. Dieses abgezogen: Was kann die deutsche Regierung, aber auch die Zivilgesellschaft noch darüber hinaus machen, und zwar sowohl durch Finanzieren aber auch in ihren Organisationen selbst? Vielleicht auch, um andere zu überzeugen? Denn Sie sehen: das Engagement – das ist auch von der breiten Bevölkerung getragen. Aber wie kann man das noch fortsetzen?

Die zweite Frage habe ich an UNICEF. Sie sagen, es dürfe nicht eine Generation verloren gehen. Dieses Problem gab es 1947 schon einmal mit den Palästinensern. Da wurde UNRWA geschaffen. Wäre es nicht Zeit, in der Region für die syrischen Flüchtlinge ein ähnliches Erziehungswerk, das

dann auch kontinuierlich arbeitet, zu schaffen? Letzte, ganz kurze Frage: Es hieß in den Medien, dass 10 000 Kinder zwischen Syrien und Deutschland oder Schweden irgendwie verschwunden sind. Wissen Sie etwas darüber?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Die CDU/CSU hat mich darauf hingewiesen, sie hätte noch 20 Sekunden. Kollege Fabritius hat das Wort.

Abg. Dr. **Bernd Fabritius** (CDU/CSU): An Herrn Cels und Herrn Südhoff: Ist die Administration der knapp 10 Mrd. €, die in London eingeworben wurden, gesichert? Wenn ja, von wem und wie? Danke.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Sie haben die Möglichkeit zur Antwort. Ich schlage vor, dass die erste Frage von Frau Kollegin Steinbach Herr Cels vom UNHCR beantwortet und dass wir dann in der Reihenfolge weiter vorgehen.

SV **Johan Cels** (UNHCR): Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender. Vielen Dank auch an die Ausschussmitglieder für Ihre Fragen. Ich denke, Frau Steinbach hat ein in der Tat sehr wichtiges Thema angesprochen. In den vergangenen Jahren gab es bei den Vereinten Nationen die Systematik der so genannten L3-Krisen, bei denen es sich um Krisensituationen größeren Ausmaßes handelt. Der Syrienkonflikt ist eine solche L3-Krise, dann gibt es noch den Süd-Sudan, den Jemen, Libyen – und ich denke, dies alles sind extrem komplexe Einsätze. Glücklicherweise verfügen wir über sehr große Kapazitäten, auf diese Krisen zu reagieren und Einsatzkräfte zu entsenden. Das Problem besteht jedoch oft darin, dass wir im Vorfeld nicht genug Mittel haben, um den Kriseneinsatz unmittelbar zu starten. Ich denke, die Londoner Konferenz hat gezeigt, dass es in Krisenfällen etwa sechs Monate oder noch länger dauert, bis eine große Konferenz zustande kommt, und selbst dann ist nicht sicher, dass alle Zusagen eingehalten werden. Was aber tut man in der Zwischenzeit? Wie reagiert man auf die Krise? Und das ist genau der Grund, warum wir so dringend nicht-zweckgebundene Mittel brauchen,



denn damit haben die Organisationen die Möglichkeit, Mittel einzusetzen, die nicht auf einen bestimmten Zweck festgelegt sind. Sobald nicht zweckgebundene Mittel vorhanden sind, kann man Gelder umverteilen und wird dadurch sehr viel flexibler. Ich denke also, dass die Kapazitäten da sind und es jetzt einer sehr engen Koordination bedarf, besonders mit dem Bereich der NGO und auch den VN-Schwesterorganisationen. Ich würde gerne noch den Punkt von Frau [Kreis] ansprechen. Sie sprachen von den Rechteinhabern – ich denke, es ist sehr wichtig, Flüchtlinge als Menschen zu sehen, die Beiträge leisten können. Dies sind Menschen mit Hochschulabschluss, sie haben Fähigkeiten, sie sind Ärzte und Anwälte. Und ich denke, es ist wichtig, ein Umfeld zu schaffen, das ihnen Zugang zum Arbeitsmarkt gibt, wie es jetzt in Jordanien und dem Libanon überlegt wird. Es bedeutet oft eine Beschränkung, wenn es keinen rechtlichen Rahmen dafür gibt – dann wird es zu einem inoffiziellen Sektor, was die Sachlage kompliziert macht. Ich würde auch gerne noch auf die letzte Frage bezüglich der zehn Milliarden eingehen. Ich denke, dass dies in den kommenden Monaten ausführlich besprochen werden wird und ein großer Teil der Mittel natürlich an die betreffenden Länder gehen wird, aber dies auch durch unsere Einrichtungen. Dabei möchte ich betonen, dass wir im Falle des Syrieneinsatzes den so genannten 3RP-Plan haben, bei dem humanitäre und Entwicklungshilfeorganisationen zusammenarbeiten und alle Partner – zivilgesellschaftliche, nationale und internationale NGO sowie [unverständlich] – einem Plan, einer Strategie zum weiteren Vorgehen folgen. Ich denke, dies ist die Richtung, in der wir uns weiterbewegen müssen. Herzlichen Dank.

SV Lucio Melandri (UNICEF): Ich würde gerne sehr schnell systematisch auf einige Frage eingehen: Sind wir auf eine Migration von hunderten Millionen Menschen in den kommenden Jahren vorbereitet? Das ist eine sehr grundlegende Frage. Und ich würde sagen: „Nein, das sind wir nicht.“ Denn wir müssen die geistige Haltung der gesamten

internationalen Gemeinschaft verändern. Das betrifft nicht nur eine Organisation oder eine Regierung. Deutschland ist bereits insofern eine führende Kraft innerhalb der internationalen Gemeinschaft, als es anderen Regierungen und der internationalen Gemeinschaft zeigt, dass die Aufnahme von Flüchtlingen nicht nur ein Akt der Gutherzigkeit ist, sondern ein praktischer, pragmatischer Ansatz. Doch ein Land allein kann das nicht leisten. Es müssen Konventionen umgesetzt und entsprechend überarbeitet werden, doch es gibt sehr viel zu tun. Veränderungen sind notwendig, so viel ist sicher. Und der Weltgipfel für Humanitäre Hilfe ist eine wichtige Gelegenheit für Gespräche zwischen Regierungen [und] den humanitären Organisationen. Um noch auf die Frage nach der No Lost Generation-Initiative einzugehen: Wir, UNICEF, denken, dass zum heutigen Zeitpunkt kein Parallelsystem dadurch entsteht, dass wir Kindern die Möglichkeit geben, ihre Potenziale zu entwickeln. Es stimmt, die Ermöglichung von Bildung und Schutz sollte auf Integration setzen, wo immer die Kinder sind, ob im Nahen Osten, im Libanon oder in der Türkei – wir sind der Ansicht, dass die echte Antwort in einer Integration in die einheimische Gesellschaft besteht, einer temporären Integration, wie sie hier in Deutschland geschieht, wo die Kinder in das reguläre Schulsystem aufgenommen werden. Die Marginalisierung dieser Kinder kann, wie wir in den Flüchtlingslagern in Nahost teilweise erkennen, zu einer verstärkten Radikalisierung führen. Und noch ganz schnell zur Frage, wie die zugesagten Mittel der deutschen Regierung zur Bewältigung dieser Krise eingesetzt werden. Zuerst natürlich, um Leben zu retten. Wir müssen uns klar machen, dass es heute Menschen gibt, die von den Konflikten eingeschlossen sind – Kinder, die sterben, weil Ärzte und Nahrung für sie unerreichbar sind. Doch das ist nicht alles – das alles ist überlebenswichtig. Doch auch Bildung ist ein wichtiger Überlebensfaktor. Denn selbst wenn Kinder Hungersnöte und den Krieg überleben, haben sie ohne Bildung keine Chance auf ein menschenwürdiges Leben. Vielen Dank.



SV **Robert E. Smith** (OCHA): Vielen Dank. Zur Frage von Frau Steinbach, ob das humanitäre System in der Lage ist, die derzeitige Situation mit mehreren hundert Millionen Menschen auf der Flucht zu bewältigen. Vielleicht sollte ich die Antwort darauf meinen Kollegen von den operativen Stellen überlassen, aber ich nehme an, wir würden alle dasselbe sagen: „Nein, natürlich sind wir nicht auf hunderte Millionen Menschen auf der Flucht vorbereitet.“ Dies ist jedoch einer der Gründe, weshalb der Generalsekretär einen Weltgipfel für Humanitäre Hilfe für notwendig erachtet hat. Es geht nicht nur darum, die gegenwärtigen Probleme für die nahe Zukunft zu lösen, sondern auch darum, die wachsenden künftigen Probleme ins Auge zu fassen und diesen Entwicklungen vorzugreifen, damit wir eben doch auf sie vorbereitet sind. Dazu brauchen wir Vorstellungskraft, Mut und auch die Fähigkeit, mit einem gewissen Maß an Unsicherheit umzugehen, denn es wird nicht zu allen Einzelheiten in drei Monaten in Istanbul Vereinbarungen geben. Doch je mehr Mut und Innovationsgeist wir bei dem Gipfel beweisen, desto besser werden wir in Zukunft gerüstet sein. Und ein verwandtes Problem ist die Anpassung an den Klimawandel und die Entwicklungszusammenarbeit. Auch hier zeigt sich, wie wichtig die Kohärenz von humanitären Maßnahmen, Entwicklungshilfemaßnahmen und Strategien für die Anpassung an den Klimawandel ist – denn humanitäre Systeme und Akteure können natürlich nicht ganz allein hunderten Millionen migrierenden Menschen helfen, und wir möchten auch gar nicht dahin kommen, dass hunderte Millionen sich auf den Weg machen müssen. Ein wichtiges Ziel des Weltgipfels besteht also darin, diese Themen zu stärken und ernsthaft anzugehen.

Zur Frage von Frau Groth und Ihren Beobachtungen bezüglich der Koordination in Jordanien und dem Libanon: Ja, das ist in einer derart komplexen Situation mit so vielen Akteuren wesentlich. Wir alle sind zu einem gewissen Maß mit Koordination beschäftigt. Meine Kollegen hier

arbeiten in Einrichtungen, die Cluster betreiben – Zusammenschlüsse von Organisationen mit bestimmten technischen Spezialgebieten. Diese Cluster sind ein wichtiger Teil des Systems. UNHCR koordiniert natürlich Hilfsaktionen für Flüchtlinge. Und ich denke, wir sind uns einig, dass die Koordination in einer so komplexen Situation nie perfekt sein kann, denn sie muss sich auf Informationen stützen, die nicht perfekt sind. Und doch passt sich die Koordination ständig an und improvisiert, um auf neue Situationen wie die sich immer noch ausweitende Krise in Syrien zu reagieren. Dabei werden die Eigenheiten der Situation berücksichtigt, beispielsweise die Tatsache, dass viele Organisationen, die grenzübergreifend arbeiten, dies aus Sicherheitsgründen nicht bekannt machen können. Einiges von dem, was Sie dort beobachtet haben ... die Koordinationsmängel lassen sich wahrscheinlich auf die Komplexität der Lage zurückführen. Doch das macht uns umso entschlossener, den Gedanken der Koordination nicht aufzugeben, sondern sehr, sehr viel besser darin zu werden. Denn letzten Endes kann man so sehr viel wirksamer und effizienter handeln. Ich kann noch auf eine weitere Frage eingehen, von Herrn Koenigs: Wie können die deutsche Regierung und Gesellschaft noch besser helfen? Nun, wie ich in meinen einleitenden Worten andeutete, denke ich, dass ein bedeutender Akteur wie Deutschland in allen Aspekten der humanitären Hilfe und ganz sicher beim Weltgipfel eine Schlüsselrolle einnehmen kann. Sie können das nicht alleine leisten, aber sie lösen damit eine wirksame, positive „Ansteckung“ aus und setzen eine Dynamik in Gang. Wenn also ein Hauptakteur wie Deutschland sich hinstellt und öffentlich und unerschrocken seine Absichten bezüglich des Weltgipfels und anderer Bereiche der humanitären Hilfe erklärt, dann hat das, so glauben wir, eine starke Auswirkung und kann auch andere Länder, andere Akteure dazu ermutigen, dem Beispiel zu folgen.

SV **Ralf Südhoff** (WFP): Ich versuche mich auf die



Fragen, die an mich gerichtet wurden, zu konzentrieren und fange gerne mit der Koordinationsfrage an. Nicht umsonst hatte ich das als einen der drei wichtigsten Punkte erwähnt. Ich glaube, das ist in der Tat ein ganz, ganz entscheidender Punkt und ich glaube auch, dass in der Tat dort noch Hausaufgaben gemacht werden müssen. Nehmen Sie die Ebola-Krise und die Cluster, die sich in den vergangenen Jahren vielfach bewährt haben und an denen man jetzt ablesen kann, welche Effekte dies hat. In der Ebola-Krise hat WFP als Cluster-Lead in der Logistik, die unser zweites wichtiges Standbein ist, den Transport für über 40 Organisationen übernommen, was mehrere Millionen Dollar einsparen konnte. Nehmen Sie das Beispiel – sie sprachen von Jordanien – der Cash-Programme in den Nachbarstaaten Syriens. In dem Moment, wo wir dort eine Cash-Karte einsetzen, die mehrere Organisationen benutzen, können wir die Basiskosten um etwa 20 Prozent senken - auch ein ganz wichtiger Schritt. Deswegen muss hier weiter gearbeitet werden und deswegen haben wir beispielsweise im Libanon und in der Türkei mit diesen gemeinsamen Karten auch schon begonnen. Wir wurden zu Recht gefragt: Wieviel von dem einen Euro, den beispielsweise WFP an Hilfe bekommt, kommt beim beneficiary, beim Flüchtling an? Nach unserer Kalkulationen sind es 85 Cent, die unmittelbar beim Flüchtling ankommen. Das halten wir für eine gute Quote. Wie Sie vielleicht wissen, ist erlaubt das deutsche Spendensiegel eine Quote von bis zu 30 Prozent.

Zur zweiten Frage von Frau Finck-Krämer, die sich direkt an mich richtete: Können wir Flüchtlinge befähigen? Ich glaube, dies ist in der Tat eine ganz entscheidende Frage, gerade in den großen Krisen und vor dem Hintergrund, dass diese Krisen bis zu sieben Jahre und länger dauern. Deswegen ist etwa in der Syrien-Krise der für uns entscheidende nächste Schritt: Die Vision 2020, an der wir gerade mit Partnern arbeiten. Auch die Bundesregierung war vor kurzem zu einem Workshop in Amman eingeladen. Dort geht es um

Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge, um Landwirtschaft in den Flüchtlingslagern. Dies alles sind Projekte, die wir mit Cash-For-Work-Programmen usw. voranbringen wollen und uns als Priorität für dieses und die nächsten Jahre gesetzt haben, im Rahmen – das muss man auch dazu sagen –, in dem die gastgebenden Länder dies zulassen, die legitime Ängste davor haben, dass neue Städte, dass neue dauerhafte Flüchtlings-Settlings entstehen. Hier muss man die richtige Balance finden.

Auf die Frage von Herrn Koenigs: Was kann die Bundesregierung noch mehr tun? Ich glaube, wenn Deutschland noch flexibleres Funding im größeren Ausmaß geben könnte, würde uns dies sehr helfen. Ansonsten bin ich da sehr zurückhaltend und sehr, sehr dankbar – um es nochmals zu betonen – für die Unterstützung.

Letzte Frage: Wie gesichert ist das, was in London „gepledged“ [zugesagt] wurde und wer bekommt es? Das kann ich Ihnen nur insofern beantworten, als bislang vier Staaten unmittelbar für WFP Zusagen gemacht haben. Die Herausforderung ist häufig, dass man schlichtweg nicht überprüfen kann, ob Gelder geflossen sind, weil sie sehr allgemein „gepledged“ [zugesagt] werden. Deswegen müssen die Organisationen quasi alleine rechnen. Deutschland hat hier allen voran eine feste Zusage gemacht, gefolgt von den USA. Weitere Geber, die feste Zusagen in unserem Fall gemacht haben – das mag aber bei den Kollegen ganz anders sein –, sind lediglich China und Bulgarien. Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Wir haben noch knapp zehn Minuten im ersten Block, so dass wir jetzt nach der Fraktionsrunde nach Wortmeldungen – bitte kurze Frage, kurze Antwort – noch weitere Chancen haben, miteinander ins Gespräch zu kommen. Als Erster Kollege Heinrich.

Abg. **Frank Heinrich** (CDU/CSU): Ganz herzlichen Dank. Wir haben jetzt mehrfach gehört, dass wir



gut sind. Das hören wir gerne. Wie wir besser werden können, kann nicht unbedingt nur in Geld ausgedrückt werden. Der Gedanke „shape the mindset“ – ich glaube, Herr Melandri, Sie haben das so gesagt - können Sie darauf noch einmal eingehen? Was meinen Sie, wie wir nachhelfen können, dass dies erreicht wird?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Einer von Ihnen beiden, bitte.

SV **Johan Cels** (UNHCR): Ich würde das gerne auch auf die vorige Frage von Herrn Koenigs beziehen. Ich denke, wenn man sich das gegenwärtige Klima in Europa ansieht, dann gibt es nur sehr wenige Stimmen, die stark und deutlich über die Notlage der Menschen, der Flüchtlinge, sprechen. Eine davon ist natürlich Frau Merkel, die hier eine sehr starke und führende Rolle einnimmt, und ich finde es erstaunlich, dass sich so wenige Stimmen da draußen für diese Menschen aussprechen, nach fünf Jahren des Leids und Konflikts und so wenig Hilfe in den Nachbarländern. Dass sie fortgehen, liegt daran, dass einige unserer Organisationen Hilfsprogramme einstellen mussten, weil die Geldmittel fehlten. Es ist die moralische Autorität, die heute ein bisschen fehlt, und ich denke, das betrifft nicht nur den Syrienkonflikt, sondern auch die Krisen im Jemen, in Libyen, im Süd-Sudan, in Darfur und in Afghanistan und ich könnte noch weitere nennen. Wenn wir die Situation nicht global betrachten können und die Zusammenhänge erkennen zwischen dem, was dort geschieht und dem, was in Europa geschieht, dann werden wir sie nie bewältigen. Das ist mir, uns, sehr wichtig. Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Frau Kollegin Groth.

Abg. **Annette Groth** (DIE LINKE.): Danke für die Aufzählung der Länder. Sie haben, glaube ich, gerade ein Land vergessen - Äthiopien. Das ist eines der Hungerländer. Das war im Übrigen schon vor etlicher Zeit – vor einem Jahr ungefähr – absehbar. Ich war im Juli in Äthiopien und damals

haben das alle Leute schon gesagt. Da hat – das muss ich kritisch sagen – die internationale Gemeinschaft etwas geschlafen oder das übersehen, was ich mir nicht so ganz vorstellen kann. Ich möchte noch einmal Herrn Südhoff oder auch Herrn Smith fragen: Die Koordination - ich habe von denselben Problemen schon vor 20 Jahren, als ich selber beim UNHCR gearbeitet habe, gehört. Ich denke mir: Irgendwann muss man doch mit der Koordination und der Effizienz einen Punkt erreicht haben, an dem man sagt: So geht es jetzt, und nicht immer koordinieren um des Koordinierens willen – so sehe ich das allmählich. Da kommt doch leider nicht viel bei heraus. Die Leidtragenden sind die beneficiaries. Wie sehen Sie das?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herr Südhoff.

SV **Ralf Südhoff** (WFP): Ich würde das Bild anders beschreiben. Ich habe, glaube ich, unterstrichen, dass ich in der Tat weiteren Koordinationsbedarf sehe. Ich sehe hier auch die Hauptherausforderung. Wir reden in der Tat auch von vielen Hilfsorganisationen, wobei ich gerade kleine Hilfsorganisationen insofern in Schutz nehmen würde, als sie natürlich vor der Herausforderung stehen, dass etwa private Spender leider nur bereit sind zu spenden, wenn die Organisation vor Ort ist, wenn sie ein eigenes Projekt hat und darüber einen Hebel besitzt, eigene Mittel zu akquirieren. Das ist eine Herausforderung, die wir alle bedauern können, aber der sich insbesondere NGOs sicher vielfach auch stellen müssen. Ich glaube aber, dass nach dem Tsunami in Südostasien substantielle Veränderungen eingetreten sind, die man auch anerkennen sollte. Die Clusterbildung im Ernährungsbereich und die Clusterbildung in der Logistik habe ich erwähnt. Die Koordination in der Nothilfe selbst hat sich meines Erachtens massiv verbessert. Ich will es aber nicht schön reden: bei einer Fülle von Akteuren wird die Koordination immer eine Herausforderung bleiben und natürlich auch immer mit Kosten einhergehen. Denn Koordination bedeutet Settings, Meetings und



vielfach physische Treffen, zu denen eingeflogen werden muss. Das kostet Zeit und ist gerade in Krisen etwas, in das viele Akteure auch nur begrenzt investieren möchten. Dennoch glaube ich, dass hierauf ein Fokus gerichtet sein muss. In dem High Level Panel Report zum World Humanitarian Summit wird insbesondere darauf hingewiesen, dass Cash-Programme die Zukunft einer sehr effizienten gemeinsamen Hilfe sein könnten und dass diese Cash-Programme, wo dies logistisch möglich ist, mehr und mehr über die „OneCard“ – wie sie mittlerweile heißt – geleistet werden sollten. Ich glaube, dem ist gerade WFP – ich kann nur für WFP sprechen – sehr verpflichtet und unterstützt dies sehr, weil es tatsächlich in Settlements, in denen Märkte funktionieren, ansetzt d.i. Settlements, in denen die Flüchtlinge schlicht einkaufen gehen können, wenn man es ihnen erlaubt, und wo sie gemeinsam von UNICEF, UNHCR, World Vision und anderen Partnern die Mittel auf eine Karte erhalten können, mit der sie flexibel Babynahrung, wenn sie diese brauchen, Medikamente, wenn sie diese brauchen, Winterdecken, wenn sie diese brauchen, kaufen können - wo sie also genau das, was sie brauchen, durch eine gemeinsame Karte, die einmal durch einen Knopfdruck geladen wird, kaufen können. Das ist, glaube ich, in dieser Hinsicht sehr wegweisend und wir sollten das ausbauen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Kollege Schwabe.

Abg. **Frank Schwabe** (SPD): Zwei Fragen an Herrn Smith. Die eine betrifft die Situation nach der London-Konferenz, die ja allgemein als Erfolg gewertet wurde. Aber wenn ich es richtig verstanden habe, sind für das Jahr 2016 dort 5,9 Mrd. Dollar zusammen gekommen. Das sind ja immer noch nicht 100 Prozent dessen, was notwendig ist. Also wie läuft der weitere Prozess? Die zweite Frage geht in Richtung UNRWA. Es ist gerade schon angedeutet worden: Wir stehen da möglicherweise vor der nächsten Flüchtlingskrise. Wie sehen Sie eigentlich die Situation bei

UNRWA? Wenn ich die Zeit noch habe, eine kurze Frage an Herrn Melandri. Sie haben von einer verlorenen Generation, die in Syrien möglicherweise droht, gesprochen. Können Sie sagen, wo wir da im Moment stehen? Wir wollen da ja massiv etwas im Bereich der Bildung machen. Wo stehen wir da gerade? Wie viele Kinder erhalten Bildung, was ist das Ziel und was halten Sie in kürzerer Zeit für realistisch?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Erst Herr Smith, dann Herr Melandri.

SV **Robert E. Smith** (OCHA): Danke schön. Nach den beeindruckenden Zusagen auf der Syrien-Geberkonferenz in London für das Jahr 2016 und darüber hinaus müssen die Geldgeber schnell handeln, um die allgemeinen Mittelzusagen in bindende, unterzeichnete Zuwendungsverträge umzuwandeln, damit die Organisationen damit beginnen können, diese Mittel auch zu verwenden oder wenigstens ihre Geldreserven in dem Wissen einzusetzen, dass die zugesagte Finanzierung kommt. Wie meine Kollege Johan erwähnte, existieren ein sehr detaillierter, strategischer regionaler Reaktionsplan für die syrischen Flüchtlinge und ein entsprechender Plan für humanitäre Einsätze innerhalb Syriens. Wie Sie sehen werden, sind diese Dokumente umfangreich und schwierig zu lesen, aber sie enthalten eine Übersicht über die allgemeinen, strategischen Ziele für die Gesamtheit der koordinierten Arbeitsgruppen. Von diesen strategischen Zielen leiten sich einzelne Funktionen, Verantwortlichkeiten und Aktionen ab, bis hinab auf die ganz konkrete Ebene: so und so viele Lebensmittellieferungen in dieses Gebiet, so und so viele zu erschließende Wasserentnahmestellen in jenem. Das Ganze soll harmonisch auf ein strategisches Ziel hin ausgerichtet sein und bietet den Geldgebern eine Richtschnur, die ihnen zeigt, wo sie ansetzen und wo genau sie ihre Geldmittel hinfließen lassen und die Finanzierung vertraglich festlegen können. Die umsetzenden Stellen sind dabei auf jeden Fall der Meinung, dass die



Geldmittel möglichst flexibel verfügbar gemacht werden sollten. Wir empfehlen es den Geldgebern nicht, den Einsatz ihrer Mittel auf Einzelbereiche zu beschränken, wie sie in einigen Abschnitten des Plans detailliert dargestellt werden. Diese Details nennen wir Ihnen gerne, um genau zu zeigen, was wir mit dem Geld vorhaben. So können wir auch selbst nachprüfen und sicherstellen, dass es erledigt wird.

Zur Nachfrage von Groth bezüglich der Koordination: Ich denke, aus dem Bericht des Generalsekretärs geht hervor, dass er neue Arbeitsformen fordert, bei denen die verschiedenen Organisationen, die speziellen Aufgaben- und festen Zuständigkeitsbereiche gemeinsam Verantwortung für die allgemeinen strategischen humanitären Ergebnisse übernehmen. Die praktische Umsetzung ist sehr komplex und schwierig, daher wird es einige Wochen dauern, bis das alles aufgenommen ist und die nächsten Schritte festgelegt werden können. Aber wir sind uns einig, dass wir schnell handeln und jede Chance ergreifen müssen, unsere kollektive Handlungsfähigkeit und Koordination zu verbessern. Ich möchte auch noch auf die Frage von Herrn [Heinrich] eingehen: Es ist sicher richtig, dass ein Land wie Deutschland mehr tun könnte, nicht nur bezüglich der Höhe und der Art der Finanzierung, die es zur Verfügung stellt. Ich bin der Meinung, dass Johan die ethische Dimension dieser Frage sehr gut dargestellt hat. Und zur Frage, wie wir die geistige Einstellung ändern können – nun, eine wichtige Grundprämisse des UN-Weltgipfels für Humanitäre Hilfe ist es, dass die führenden Politiker einsehen, dass Krisen, Katastrophen, Konflikte und so weiter keine vereinzelt, peripheren oder Ausnahmeerscheinungen sind. Sie sind Alltag, sie gehen uns alle an, sie betreffen nicht nur einzelne Länder, sondern ganze Regionen und haben auch über diese Regionen hinaus Auswirkungen. Das erleben wir heute tagtäglich. Risiken vergrößern und vermehren sich. Alte, überwunden geglaubte Gefahren tauchen wieder auf. In Syrien gibt es

wieder Kinderlähmung – in einem Land, in dem die Kinderlähmung verschwunden war und das inmitten einer Region liegt, in der diese Krankheit nicht mehr auftrat. Das ist ein Beispiel für diese Entwicklung. Ein Land wie Deutschland kann außerdem deutlich machen, dass wir wieder auf Idealismus setzen und Entschlossenheit im Umgang mit schweren Krisen zeigen müssen. Denn wenn wir sehr vielen Menschen die nötige Hilfe verweigern, dann höhlt das unsere Werte und Institutionen und unseren Idealismus aus.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Herr Melandri.

SV **Lucio Melandri** (UNICEF): Vielen Dank. Zur Frage, wie wir verhindern können, dass eine ganze Generation verloren ist: Die aktuelle Lage ist sehr, sehr ernst. Von 5,4 Millionen Kindern in Syrien, die Bildung benötigen, haben 2,8 Millionen keine Möglichkeit, zur Schule zu gehen. Außerhalb von Syrien – und ich spreche hier von den Nachbarländern Jordanien, Libanon, Türkei etc. – gibt es über 700.000 Kinder, Flüchtlinge, die nicht in die Schule gehen. Sie besuchen keine Schule ... von insgesamt 1,4 Millionen Kindern. Was können wir tun? Es wurde viel getan. Auch dank des deutschen Beitrags. Doch in London wurde eine Reihe von Prioritäten bezüglich dieser Probleme [mitgeteilt]. Ich versuche, sie ganz kurz zusammenzufassen: Sicherstellen, dass die Aufnahmeländer die Kapazitäten haben, ihre Bildungseinrichtungen auszubauen, um mehr Kinder aufzunehmen. Also nicht nur die Bildung in den Flüchtlingslagern oder Siedlungen unterstützen, sondern auch die aufnehmenden Länder. Zweitens: die Unterstützung alternativer Bildungsformen, dazu zählen informelle Bildung und Berufsbildung, die in vielen Ländern absolut sinnvoll ist. Und, wie gesagt, eine bessere Ausrichtung auf bestimmte Gruppen, beispielsweise die Jugendlichen, die 14-, 15- und 16-jährigen, die zu alt sind, um in die Grundschule zu gehen oder nicht mehr schulpflichtig sind, die aber eine Chance erhalten können, Fähigkeiten zu



erwerben, um gleichwertige und wertvolle Mitglieder der Gesellschaft zu werden.

Ich glaube, Herr Heinrich hatte vorhin noch eine Frage. Er sagte: „Deutschland hat Gutes geleistet.“ Und das stimmt. „Aber was lässt sich verbessern?“ Ich würde gerne eine Sache klarstellen. Ich werde drei Hauptpunkte nennen. Erstens müssen wir uns klar werden, dass es keine humanitäre Lösung für Konflikte gibt. Es gibt nur politische Lösungen. Der erste Punkt ist daher: Wesentlich sind – neben dem großen humanitären und Entwicklungshilfe-Engagement – die Führungsrolle Deutschlands und die diplomatischen Verhandlungen zur Lösung der Konflikte in Syrien, Afghanistan und anderen Ländern. Zweitens die Führungsrolle innerhalb der Europäischen Kommission. Sie haben diese Rolle bereits inne, doch jetzt erleben wir, dass immer weniger Raum für Flüchtlinge da ist, die nach Europa kommen, und dass immer mehr Hürden bestehen. Ich denke, dass Deutschland innerhalb der Kommission eine Vorbildrolle hatte, und es ist wichtig, bestimmte Diskussionen anzuführen, denn wir sehen, dass dort mittlerweile eine sehr anders gelagerte Einstellung vertreten wird. Drittens denke ich, dass eine Reihe von Vorschlägen zu den verschiedenen Interventionen gemacht wurde. Deutschland ist sicher eines der ersten Geberländer, die erkennen, wie wichtig es ist, das Paradigma zu überwinden, dass bezüglich der Finanzierung zwischen humanitären Notfällen und Entwicklungshilfe unterschieden wird. Wir erleben das zurzeit [unverständlich], wo wir endlich, dank Ihres Eingreifens, bessere Hilfe leisten können. Das sind nur einige der Ideen – alle unsere Einrichtungen sind da sicher sehr offen. Sie sind Ihnen dankbar für Ihr Engagement und Ihre Unterstützung und gerne bereit zu weiteren bilateralen Gesprächen. Ich danke Ihnen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Wir sind am Ende unseres ersten Blocks. Es gibt noch eine Reihe von Wortmeldungen, aber unsere Zeit haben wir bereits überzogen. Ich darf den Experten des ersten Blocks „VN-Organisationen“

ganz herzlich danken und komme direkt zum zweiten Block „Europäische und internationale Organisationen“ – vier Experten, die bei uns sind. Ich darf als erstes das Wort Frau Dr. Mahmood von der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften erteilen. Zuvor noch ein kurzer Hinweis: Die fünf Minuten müssen nicht ausgefüllt werden. Sie sehen, wir sind ein wissensdurstiger Ausschuss und wissensdurstige Abgeordnete. Das zeitliche Korsett ist eng, aber es war uns wichtig, mit möglichst Vielen ins Gespräch zu kommen. Sie haben das Wort.

SV Dr. **Jemilah Mahmood** (IFRC): Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender. Ich möchte auch damit beginnen, Deutschland für seine Führungsrolle im Umgang mit der Krise und den Flüchtlingen zu danken. Mein besonderer Dank gilt dem Roten Kreuz für die harte Arbeit und Führung im Interesse der Föderation sowie vielen der Organisationen, die hier vertreten sind.

Weiterhin möchte ich den geehrten Podiumsmitgliedern danken, denn sie haben bereits vieles von dem angesprochen, was ich hier sagen wollte, sodass ich mich kurz fassen kann. Ich würde unsere Energie und Aufmerksamkeit gerne wieder auf die Tatsache richten, dass Vertreibung ein globales Problem ist, das nicht nur Syrien betrifft und nicht nur durch Konflikte ausgelöst wird, sondern auch durch Hungersnöte, klimabezogene Umweltkatastrophen, Naturkatastrophen und Gefahren. Der Klimawandel erweist sich wirklich als sehr großes Problem. Der andere Punkt ist, dass es Situationen geben wird, in denen verschiedene Risiken zusammentreffen: Konflikte und Naturkatastrophen, Konflikte und Folgen des Klimawandels. Wir müssen also besser darin werden, so etwas vorherzusehen und uns darauf einzustellen. Und ich denke, dies ist sozusagen der erste Punkt, an dem wir dringend umdenken müssen. Wir müssen verstehen, dass es wesentlich ist, zukünftige Gefahren besser zu antizipieren, dass wir besser darin werden müssen, Neuerungen einzuführen, neue Paradigmen und



neue Herangehensweisen an die Krisen zu entwickeln, mit denen wir es morgen zu tun haben werden.

Als Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften sind wir stolz darauf, Teil der Bewegung zu sein, die das Internationale Komitee des Roten Kreuzes – vor dem Balthasar später sprechen wird – ebenso umfasst wie die nationalen Gesellschaften. Wir haben weltweit 190 nationale Gesellschaften mit 160.000 Verbänden und sieben Millionen Freiwilligen. Warum ist das wichtig? Es ist wichtig, weil der Mechanismus von Kriseneinsätzen vor allem über das Rote Kreuz vor Ort funktioniert, über die lokale Zivilgesellschaft und die Gemeinschaften, die die konkrete Arbeit vor Ort verrichten. Sucht man nach einem Indikator für die Schutzlosigkeit und Gefährdung eines Landes, so denke ich, dass die Stärke des nationalen Roten Kreuzes einen sehr guten Hinweis darauf gibt, wie gut das Land eine Krise bewältigen kann. Unsere Pflicht ist es daher, sicherzustellen, dass die Länder, die zukünftigen Gefahren ausgesetzt sind, viel besser vorbereitet sind, dass es dort nationale Gesellschaften gibt, die stark, transparent und verantwortlich sind, die gut geführt und in der Lage sind, im Notfall zu reagieren.

Der andere Punkt ist, dass das Rote Kreuz und der Rote Halbmond sowohl im Bereich humanitärer Hilfe als auch in der Entwicklungshilfe tätig sind. Oft ist dies wirklich eine künstliche Unterscheidung, denn in einer Krisensituation können die Entwicklungshelfer noch vor den humanitären Helfern vor Ort sein. Daher ist es nicht nur eine Frage der Finanzierung von humanitärer und Entwicklungshilfe, sondern es geht auch darum, die Akteure einzusetzen, die vor Ort und am besten in der Lage sind, Hilfe zu leisten, die am besten verhindern können, dass Krisen entstehen. Das erfordert den zweiten Paradigmenwechsel im Denken, wenn man so will: Wir müssen verstehen, dass humanitäre Einsätze allein die Situation langfristig nicht ändern

können. Vielmehr müssen verschiedene Akteure zusammenwirken: politische Kräfte, humanitäre Organisationen, Entwicklungshilfe, friedensstiftende Kräfte und auch Wissenschaftler, die forschen und uns aufklären und aus unseren Erkenntnissen lernen.

Der andere Faktor betrifft die Finanzierung. Dem Bericht des hochrangigen Panels zufolge sind vielfältige Finanzierungsformen, aber auch ein effizienter Einsatz der Geldmittel wichtig. Und ich denke, dass Bargeld sich als sehr wichtiges Instrument erwiesen hat. Es stellt nicht die Lösung aller Probleme dar, ist aber definitiv eine Lösung, die wir berücksichtigen sollten. Wir müssen die Bargeldzusagen erhöhen. Das Wichtigste an Geld sind nicht nur seine Effektivität und Effizienz, sondern dass es auch die Würde der von Krisen betroffenen Menschen wahrt. Ich werde auch ein paar Worte zur Belastbarkeit sagen. Mit der Föderation haben wir die One Billion Coalition for Resilience gegründet, weil wir überzeugt sind, dass es letztlich darum geht, Konflikte und Krisen zu verhindern – und humanitäre Hilfe ist, wie unser Konferenzteilnehmer ganz richtig sagte, keine Konfliktlösung. Damit komme ich zum Ende, denn ich denke, dass die Fragen sehr spannend sind, daher möchte ich mehr Zeit für alle anderen lassen. Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Vielen Dank für die Disziplin und ich freue mich, dass Monique Müller von EASO bei uns ist, unter anderem zuständig für die Hotspot-Pläne in Griechenland und deren Umsetzung. Sie haben das Wort.

SV **Monique Müller** (EASO): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Da EASO noch eine relativ junge und teilweise noch unbekanntere Agentur ist, möchte ich zunächst kurz unsere Hauptaufgaben vorstellen, so dass EASO hier in dem Rahmen, in der Thematik richtig eingeordnet werden kann. Das europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen, kurz EASO, wurde hauptsächlich eingerichtet, um die praktische Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten in Asylfragen zu fördern und die Mitgliedstaaten bei



der Erfüllung der europäischen und internationalen Verpflichtungen zum Schutz von Personen, die Asyl bedürfen, zu fördern. Das Hauptwerkzeug für die sogenannte „Operative Unterstützung“ ist der Einsatz von Asylunterstützungsteams, die aus Experten anderer EU-Mitgliedstaaten bestehen. Griechenland erhält zum Beispiel seit dem Jahr 2011 Unterstützung, Italien seit Oktober 2013, ebenso Bulgarien und Zypern seit Juni 2014. Die operative Unterstützung beinhaltet vor allem die Unterstützung für die Hotspots, wie Sie gerade schon erwähnt haben, in Bezug auf das neu errichtete Umsiedlungsprogramm Relocation. Außerdem führen wir Trainings für nationale Mitarbeiter in Asylbehörden durch. Wir unterstützen die Erstellung von Standardverfahren und -prozessen. Hauptsächlich leisten wir auch Kapazitätsaufbau, zum Beispiel im Bereich der Herkunftsländerinformationen und auch Unterstützung zum Abruf von europäischen Finanzmitteln. In diesem Sinne leistet EASO also Hilfe zur Selbsthilfe. Wir leisten keine finanzielle Unterstützung in dem Sinne.

Im Sommer 2014 hat EASO bereits verschiedene Pilotprojekte zur gemeinsamen Bearbeitung von Asylanträgen durchgeführt. Diese Form gemeinsamer Bearbeitung, auch joint processing genannt, wurde in dem Hotspot-Ansatz der europäischen Migrationsagenda mit aufgenommen. Das geschah unter anderem in Reaktion auf die Migrationskrise in Griechenland und Italien. In den Hotspots unterstützt EASO die mitgliedstaatlichen Behörden vor allem bei der Umsetzung der Ratsentscheidungen zum Umsiedlungsprogramm. Die Arbeit der Experten vor Ort konzentriert sich vor allem auf die Bereitstellung von Informationen, also die Identifizierung der sogenannten „Potentiellen Kandidaten“, die unter dieses Umsiedlungsprogramm fallen, sowie die Unterstützung bei der Registrierung der Asylanträge und die Unterstützung beim sogenannten Matching-Prozess – das bedeutet, den Pool der Kandidaten mit den Mitgliedsländern zusammenzuführen. EASO hat im Oktober letzten

Jahres einen Expertenauftrag für insgesamt 374 Personen gestartet, von denen bisher lediglich 200 nominiert wurden. Von daher sehen wir als eine der wichtigsten Herausforderungen, in der Krise ausreichend Experten zu finden, die EASO dann in den Krisengebieten zur Unterstützung der nationalen Behörden einsetzen kann. Weitere Schwierigkeiten sehen wir auch darin, alle Hotspots zu errichten. Der Premierminister hat angekündigt, dass das Anfang der Woche in Griechenland der Fall sein soll. Außerdem ist es schwierig, für alle Personen, die in Italien und Griechenland einreisen, ausreichende Kapazitäten zu finden, um ein reibungsloses Umsiedlungsprogramm durchzuführen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Wir freuen uns, dass Herr Staehelin, der stellvertretende Generaldirektor des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz bei uns ist. Sie haben das Wort.

SV **Balthasar Staehelin** (IKRK): Herr Vorsitzender, das IKRK ist sehr dankbar für die Möglichkeit, vor dem Bundestagsausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sein Verständnis der humanitären Probleme zu erläutern, die 2015 insgesamt 60 Mio. Menschen zur Flucht zwangen. Ich möchte an dieser Stelle Deutschland herzlich danken für die starke politische und auch großzügige finanzielle Unterstützung des IKRK, das ohne diese Unterstützung seinem völkerrechtlichen Auftrag nicht nachkommen könnte. Für die finanzielle Unterstützung ist auch sehr wichtig - es wurde von den Vorrednern gesagt -, dass sie voraussehbar, mehrjährig ist. Mit großer Dankbarkeit haben wir diesen Wechsel in der Art gesehen, in der die Hilfe geleistet wird.

Das IKRK strebt danach, Menschen zu schützen, die durch einen bewaffneten Konflikt oder andere Formen der Gewalt in Mitleidenschaft gezogen sind und kommt ihnen zur Hilfe. Unsere Delegationsleiterin in Syrien setzt sich zum Beispiel Tag für Tag dafür ein, dass Wasser in Aleppo für alle Menschen zugänglich ist. Dazu



muss das IKRK zusammen mit dem Syrischen Roten Halbmond regelmäßig Frontlinien überqueren, um mit allen involvierten Parteien zu verhandeln und Hilfe zu leisten. Das bedeutet konkret, dass uns bis zu 50 Heckenschützen, die den verschiedensten Gruppierungen angehören, Garantien geben müssen, damit wir diese Frontlinien überqueren können. Sie können sich vorstellen, dass das natürlich Präsenz vor Ort, Kontakte zu den Kriegsparteien, Ausdauer und Verhandlungsgeschick voraussetzt, teilweise über Monate hinweg, um dann auch diesen Zugang zu bekommen zu Madaya, Foua, Kefraya und so weiter. Wir konnten 2015 über 16 Mio. Syrern innerhalb von Syrien Hilfe leisten, aber die Situation bleibt katastrophal.

Eine der Hauptursachen für die hohe Anzahl von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen sind die langanhaltenden Konflikte in Afghanistan, Syrien, Süd-Sudan und mehreren anderen Ländern. Die Diskussion muss hier über die Frage der Finanzierung hinausgehen. Ein zentrales Problem sind unseres Erachtens die sehr häufigen Verletzungen des humanitären Völkerrechts. Angriffe auf die Zivilbevölkerung, Schulen, Spitäler und lebenswichtige Infrastrukturen lassen den Menschen oft keine andere Wahl als die Flucht. Angesichts solcher Krisen ist es die erste Pflicht der Staaten, ihren Verpflichtungen gemäß dem humanitären Völkerrecht nachzukommen bzw. auch auf die Kriegsparteien einzuwirken, damit das humanitäre Völkerrecht vollumfänglich respektiert wird. Parallel dazu müssen die Anstrengungen weitergehen, um politische Lösungen für die Beilegung dieser Konflikte zu entwickeln. Das IKRK plädiert dafür, dass die internationale Gemeinschaft sich auf den realen Bedarf konzentriert, den wir auf Grund unserer Erfahrungen in Ländern mit lang anhaltenden Konflikten ermittelt haben. Realer Bedarf besteht einerseits im Hinblick auf neutrale, unparteiliche und umgehende Einsätze zum Schutz und zur Rettung von Menschenleben. Dies ist sehr zentral für unsere Mission. Um sicherzustellen, dass

humanitäre Organisationen wie das IKRK und die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung der Bevölkerung helfen und sie schützen können, ist starke politische und finanzielle Unterstützung absolut notwendig. Was sehr wichtig ist, ist der häufig übersehene Bedarf der betroffenen Bevölkerung hinsichtlich der Gesundheitsversorgung, des Trinkwassers, der Abwasserentsorgung. Diese Dienste in Bezug auf die Infrastruktur ermöglichen das Überleben besonders in urbanen Gebieten in solchen Situation, weil heute Konflikte sehr häufig in diesen Gebieten stattfinden. Das ist ein Grund dafür, dass sich das IKRK je länger je mehr in diesen Betätigungsfeldern stark engagiert. Das heißt konkret, dass die Finanzierung humanitärer Hilfe eine Kombination dieser beiden Elemente umfassen muss: die Deckung unmittelbarer Bedürfnisse, aber auch die komplexeren und nicht minder wichtigen Investitionen in die längerfristigen Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung.

Herr Vorsitzender, die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung wird ihr Möglichstes tun, um Flüchtlingen zu helfen und zu ihrem Schutz beizutragen. Das heißt konkret: nahe an den Menschen vor Ort, in den Konfliktgebieten, in den Transitländern, aber auch wie das Deutsche Rote Kreuz in Ländern, die Flüchtlingen Aufnahme bieten. Wir sind Ihnen sehr dankbar für Ihre Unterstützung.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Von ECHO ist zu uns gekommen Herr Christoph Wagner. Sie haben das Wort.

SV **Christoph Wagner** (ECHO): Danke, Herr Vorsitzender, danke für die Einladung. Ich komme von ECHO - das steht für die Generaldirektion Humanitäre Hilfe und Zivilschutz der Europäischen Kommission. In meinen knappen fünf Minuten will ich mich auf drei Schwerpunkte begrenzen. Erstens: Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Zweitens: Der humanitäre Weltgipfel. Drittens: Die Kommission -



was machen wir?

Zum ersten Punkt: Verknüpfung von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Warum ist das nicht schon lange verschmolzen worden? Es scheint wirklich ein Bedarf zu sein, das zusammenzubringen. Ich glaube, es ist trotzdem wichtig, immer wieder zu betonen: Das sind zwei unterschiedliche Instrumente mit unterschiedlichen Zielsetzungen, die auch unterschiedliche Konzepte erfordern. In der Entwicklungszusammenarbeit geht es um langanhaltende Entwicklung, es geht um Armutsbekämpfung. Es ist ein politisches Konzept, denn es geht hierbei um Menschenrechte, es geht um gute Regierungsführung, Institutionenaufbau usw. Bei humanitärer Hilfe geht es, wie Sie ja wissen, um eine bedarfsorientierte Nothilfe: Leben retten, Leiden vermindern etc. - also nicht politisch. Es geht darum, den Prinzipien zu genügen, neutral, unabhängig und unparteilich zu sein. Darum ist es auch immer wieder schwierig, diese Zwei zusammenzubringen. Es ist nicht einfach die Frage: Warum wurde es nicht gemacht? Es ist eben nicht ganz einfach.

Auf der anderen Seite – und das wurde ja immer wieder gesagt – ist es richtig, dass die Krisen langfristiger werden, dass Vertriebene 17 Jahre durchschnittlich vertrieben sind, Binnenvertriebene 23 Jahre. Da kann man nicht mit humanitärer Hilfe allein helfen. Humanitäre Hilfe bedeutet nämlich Perspektivlosigkeit für jene, denen immer wieder nur kurzfristig geholfen wird und es bedeutet auch, dass der lokalen Bevölkerung, also jenen, die sie aufnehmen, nicht geholfen wird. Daher und aus verschiedenen anderen Gründen – das wurde ja gesagt – ist es eben wichtig, diese Zwei in diesen konkreten Fällen zusammenzubringen. Wie kann das passieren? Das kann nur dadurch passieren, dass man zusammen eine tiefgehende Analyse der politischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Fragen und Bedingungen erstellt und dann ein

langfristiges Programm aufstellt, in dem man festlegt, was alles über Entwicklungszusammenarbeitsinstrumente abzudecken ist, wo die Nothilfe, die humanitäre Hilfe einsetzen und wo die Bedingungen gegeben sind, unter denen sie sich ausklinken kann. Das muss immer wieder neu diskutiert werden, das muss flexibel angelegt werden, aber so muss man eben vorgehen. Konkret bedeutet das dann längerfristige Finanzierung, aber auch Schutz. Das heißt, dass Sicherheitsbedingungen für jene geschaffen werden müssen, die schutzbedürftig sind, vor allem Kinder und Frauen. Es geht um Beschäftigungsmöglichkeiten für Vertriebene, es geht um Ausbildung und Bildung - UNICEF hat es immer wieder betont. Mein Kommissar, Christos Stylianides, legt einen besonderen Schwerpunkt darauf. Vier Prozent unseres Budgets sind jetzt fixiert auf Ausbildungs- und Bildungsfragen. Das fängt dieses Jahr auch schon an.

Es geht auch darum, lokale Akteure einzubeziehen, wie auch - das wurde schon vielfach gesagt – den Privatsektor und die Zivilgesellschaft. Das Problem der Koordination – das immer wieder Reibungsflächen bietet – wird immer größer. Es kommen immer mehr Akteure dazu, nicht weniger: Privatsektor, Zivilgesellschaft, neue donors usw. Wie kann man damit umgehen? Ich glaube, „neue Technologie“ ist eine der Antworten. Es geht um Videokonferenzen, es geht darum, IT-Plattformen aufzubauen, die auch genutzt werden und nicht nur existieren, die zudem einfach zu nutzen sind, denn im Prinzip sind sie immer noch oft viel zu schwierig und kompliziert. Diese Dinge sind jetzt alle auf dem Tisch.

Das führt mich zum zweiten Punkt, dem humanitären Weltgipfel. Der Gipfel ist einerseits politisch äußerst wichtig. Es geht darum, aufzuzeigen, wie die humanitäre Situation ist und was für Lösungsmöglichkeiten sich bieten. Darüber hinaus sollen aber Lösungsmöglichkeiten auch konkret auf technischer Ebene weiter diskutiert und erarbeitet werden. Es ist auch wichtig, dass



viele neue Akteure daran teilnehmen.

Drittens – die EU: Wir – die Kommission, die Bereiche humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit zusammen - werden jetzt im April eine Mitteilung herausgeben bezüglich der Effekte und Antworten auf langandauernde Vertreibung – ich bin mir nicht ganz sicher, wie man das übersetzt, ich arbeite nur auf Englisch: Protected Displacement. Dazu läuft gerade ein Konsultationsverfahren, wo diese Themen, die ich vorher kurz angesprochen habe und die auch hier genannt wurden, noch einmal auf den Tisch gelegt werden. Das soll auch ein Anreiz für die Mitgliedsstaaten und andere Geber sein, daran weiterzuarbeiten. Zur Finanzierung von Lösungsmöglichkeiten werden wir 2 Mrd. Euro pro Jahr sowohl im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit als auch im humanitären Bereich auf den Tisch legen, um Vertriebenen durch verschiedene Fonds und durch unsere Partner zu helfen.

Am Schluss will ich nur noch sagen: Humanitäre Hilfe ist nur ein Lückenbüßer. Wir müssen hier besser werden, wir müssen effizienter sein. Aber wir müssen gleichzeitig auch eine politische Strategie auf den Tisch legen. Darum wird auch die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Vizepräsidentin Mogherini, im Juni eine neue Globale Strategie im außen- und sicherheitspolitischen Bereich vorschlagen, die viel stärker auf Konfliktvermeidung abzielen wird. Danke.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Wir starten in die erste Fraktionsrunde. Für die CDU/CSU-Fraktion Frau Kollegin Woltmann.

Abg. **Barbara Woltmann** (CDU/CSU): Vielen Dank. Meine Frage richtet sich an Frau Dr. Mahmood, auch ausgehend von dem, was Herr Wagner gerade vorgetragen hat. Sie beide haben gesagt, dass humanitäre Hilfe alleine nicht ausreicht. Mir hat sehr gut gefallen, dass Sie gesagt haben, dass man den Menschen auch ihre Menschenwürde wieder

zurückgeben muss. Ich finde, das ist ein wichtiger Ansatz. Deswegen meine Frage: Inwieweit werden die Flüchtlinge bei der Unterstützung oder bei der Hilfe auch selber eingebunden? Inwieweit haben sie möglicherweise ein Mitspracherecht, auch im Rahmen von Subsidiarität, um letzten Endes die Maßnahmen auch mit ihnen abzustimmen und ihnen auch die Möglichkeit der Hilfe zur Selbsthilfe zu geben? Danke.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Besten Dank. Für die Fraktion DIE LINKE. Frau Kollegin Höger.

Abg. **Inge Höger** (DIE LINKE.): Vielen Dank auch von mir für die vielen Berichte. Ich habe eine Frage an Frau Mahmood und an Herrn Staehelin. Es ist im letzten Jahr so gewesen, dass die zugesagten Gelder nicht in dem notwendigen Umfang gekommen sind und Sie deshalb die Hilfe in den Flüchtlingslagern zum großen Teil halbieren mussten. Es wird aber, glaube ich, hauptsächlich in den Flüchtlingslagern geholfen. Was ist eigentlich mit den Menschen, die sich nicht in den großen Lagern aufhalten, sondern in einzelnen Städten, Orten, bei Nachbarn, Verwandten usw. leben und die auch Hilfe benötigen? Die zweite Frage an Frau Müller. Ich habe noch nicht so ganz verstanden, wie das aussieht: Unterstützung und Hilfe. Helfen Sie den Flüchtlingen, oder helfen Sie den Regierungen bei der Abwehr von Flüchtlingen? Helfen Sie bei der Aufnahme von Asylantträgen oder geht es darum, die Menschen möglichst schnell wieder in ihre Heimatländer zurückzuschicken?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Finckh-Krämer.

Abg. Dr. **Ute Finckh-Krämer** (SPD): Dankeschön. Ich habe eine Frage an Herrn Wagner. Es gibt Länder, die mittlere Einkommen haben, und in denen unter Umständen die Unterscheidung zwischen Binnenvertriebenen und Menschen, die einfach innerhalb eines Landes umziehen, verschwimmt. Gibt es da Konzeptionen? Wenn, wie man sagt, Binnenvertriebene im Schnitt sogar noch



länger als Flüchtlinge, also 23 Jahre, am Ort, zu dem sie hingegangen sind, verbleiben, wenn jetzt der Unterschied unter Umständen nur in der Frage liegt, ob man freiwillig oder unfreiwillig innerhalb eines Landes umgezogen ist – was für Konzepte kann man dann entwickeln, um die Leute so gut zu integrieren, dass eine eventuelle Rückkehr auch ganz freiwillig geschieht, unter dem Aspekt, den Frau Woltmann auch genannt hat? Also selbstbestimmt, freiwillig und unter Abwägung aller möglichen Ursachen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Frau Kollegin Amtsberg für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Luise Amtsberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank für Ihre Berichte. Meine Fragen richten sich auch an Frau Müller von EASO. Wir haben jetzt die neusten Zahlen. Es sind ungefähr 520 Menschen über das zugesagte Relocation-Programm verteilt worden – von insgesamt 160 000 Menschen. Dieser Gegensatz zeigt, dass an irgendeiner Stelle auf jeden Fall ein Problem besteht. Wir sehen aber natürlich die Verteilung bei Relocation erst einmal als eine Lösung für Europa an, für eine gemeinsame Asylpolitik, aber auch zum Schutze der Menschen. Insofern müssen wir darauf natürlich einen Fokus legen. Mich interessiert daher vor allem, abseits von Geld und Personal, das Procedere: Gibt es Verbesserungen? Was ist eigentlich der Grund dafür, dass so wenig Menschen verteilt werden? Es gibt natürlich sehr viele Interessenten; ich habe es mir auf Lesbos – da sind wir uns auch begegnet – selber angesehen. Viele Menschen sagen, sie möchten nicht über dieses Programm verteilt werden. Was sind die Gründe dafür? Vor allen Dingen auch strukturell im Zusammenhang mit den Hotspots? Gibt es eigentlich alle Strukturen dort, die notwendig wären, um Menschen zu überzeugen, zu bleiben und sich über das Programm verteilen zu lassen? Und noch einmal in diese Richtung: Wie geht es eigentlich vonstatten? Es gibt 160 000 zugesagte Plätze. Wie wird eigentlich „gepledged“ [zugesagt], also wie verhalten sich die Staaten dazu? Ich weiß,

dass es schon einige Aufnahmen durch Staaten gab. Aber jetzt sagt zum Beispiel die Bundesregierung: Wir nehmen erst einmal nicht weiter über dieses Programm auf, solange die anderen europäischen Staaten nicht ihre Zusagen erfüllen. Wie kann man das bewerten? Wo ist der Weg raus aus diesem Stillstand, der dadurch entstanden ist? Und zuletzt die Frage: Braucht EASO für die Aufgabe, die Sie haben, ein größeres Mandat? Sie befinden jetzt hier einer ganzen Reihe von Politikern gegenüber, die durchaus die Möglichkeit hätten, Sie bei konstruktiven Vorschlägen im Sinne der Verteilung von Flüchtlingen zu unterstützen. Denn ich glaube, da liegt der Schlüssel für Europa im Moment.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Frau Dr. Mahmood war zuerst angesprochen worden von Frau Kollegin Woltmann, so dass ich vorschlage, dass Sie bitte beginnen und die anderen Experten sich dann anschließen.

SV Dr. **Jemilah Mahmood** (IFRC): Vielen Dank für die Frage. Sie möchten gerne wissen, inwieweit Flüchtlinge in der Lage sind, selbst humanitäre Hilfe zu leisten. Ich denke, in vielen Situationen, besonders in den Lagern, sind viele der Flüchtlinge tatsächlich an der Planung und Ausführung von Hilfeleistungen beteiligt. Ich denke, Johan kann für UNHCR viele Beispiele von Flüchtlingen nennen, die in den Camps, beispielsweise in Zaatari, mitarbeiten. Wir in der Föderation arbeiten über die nationalen Rotkreuzgesellschaften. Aber mit vielen der jungen Leute dort arbeiten wir zusammen, um das ganze Thema Werteerziehung zu vermitteln. Die IFRC führt ein sehr gutes Programm durch, das Youth as Agents of Behavioural Change (Jugendliche als Vermittler von Verhaltensänderung), mit dem wir junge Menschen zu gesunden Verhaltensweisen bewegen möchten. Dies Programm ist meiner Meinung nach sehr erfolgreich. Außerdem engagiert sich die Bewegung sehr stark für die Communications with Communities (Kommunikation mit Gemeinschaften) und die Beneficiary Communications (Kommunikation mit



Leistungsempfängern). Dabei kommunizieren wir mit den Gemeinden über Funk, Telefon, SMS etc., um Feedback zu erhalten, was wir für sie tun können. Die Würde der Hilfeempfänger zu achten, bedeutet also auch, ihnen Einflussmöglichkeiten bei der Planung zu geben. So erfahren wir, ob wir tatsächlich ihre Bedürfnisse erfüllen oder ihnen nur das geben, was sie unserer Meinung nach brauchen. Das ist also ein Perspektivenwechsel, wenn man so will, bei der Beziehung zwischen Hilfeleistenden und Hilfeempfängern.

Zur Frage nach der Subsidiarität – ich freue mich sehr, dass Sie diesen Begriff verwenden, denn das ist ein Thema, das auch in den Konsultationen [für den Weltgipfel für Humanitäre Hilfe] immer wieder angesprochen wurde. Dabei geht es nicht nur darum, jemanden als „Hilfeempfänger“ zu bezeichnen, sondern eigentlich um die Frage, wie humanitäre Akteure sich der Subsidiarität gemäß gegenüber Menschen verhalten, die von Konflikten und Krisen betroffen sind – dass diese Menschen eigentlich unsere Partner sind. Und ich denke, das ist ein Prozess, bei dem man Vertrauen entwickeln und Entscheidungsgewalt in die Hände derjenigen legen muss, die von den Krisen betroffen sind. Und das Rote Kreuz mit seinen Wurzeln vor Ort in den Gemeinschaften ist meiner Meinung nach besonders gut positioniert, um mit den betroffenen Gemeinden zusammenzuarbeiten, als Teil eines großen Gemeinschaftsengagements. Ich hoffe, dass ich damit Ihre Frage beantworten konnte.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Frau Müller.

SV **Monique Müller** (EASO): Zunächst noch einmal, um den Rahmen zu setzen: EASO unterstützt die mitgliedstaatlichen Behörden, das heißt, die Asylbehörden in Griechenland oder auch in Italien, bei der Umsetzung der europäischen Rechtsvorschriften. Wir unterstützen also nicht direkt die einreisenden Personen. Aber die Unterstützung, die wir leisten, hat natürlich auch eine Auswirkung auf die Unterstützung, die in Bezug zum Beispiel auf die Aufnahmeeinrichtung geleistet wird und die mit der Aufnahmerichtlinie

oder mit der Durchführung des Asylverfahrens in Einklang sein muss, und so weiter und so fort. Da gibt es verschiedene Bereiche, in denen EASO...

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Frau Müller, können Sie ein bisschen besser ins Mikrofon sprechen, oder es sich näher heranziehen, denn sonst ist es hier vorne schlecht verständlich.

SV **Monique Müller** (EASO): EASO leistet Unterstützung in vielen Bereichen, die von den Mitgliedstaaten angefragt werden. Das kann sich auf das Vormundschaftssystem beziehen, auf die Herkunftsländerinformationen, Abruf von Finanzmitteln, wie schon erwähnt, Projektmanagement, zahlreiche Bereiche, in denen Not am Mann ist und der Mitgliedsstaat Hilfe beantragt. Zu den Fragen zum Umsiedlungsprogramm: Es ist richtig, dass momentan eher eine geringe Zahl verteilt wurde, in Griechenland momentan um die 300. Die Gründe kann man in verschiedenen Bereichen sehen. Natürlich sind wir immer noch am Anfang. Wir haben vor ein bisschen mehr als drei Monaten das Programm begonnen. Noch nicht alle Hotspots sind operativ und im Einsatz. Ein anderer Grund liegt aber auch darin, dass sich noch nicht alle Mitgliedsstaaten daran beteiligen. Von den 24 Mitgliedsstaaten sind momentan 16 dabei, welche Plätze angeboten haben. So sind wir in einer Situation, in der die freien Plätze den Anfragen momentan fast entsprechen. Wir haben 1 089 Plätze in Griechenland zur Verfügung gestellt – ich spreche jetzt nur über Griechenland – und 986 Anfragen wurden gesendet. Das erschwert dann natürlich auch das Matching. Wenn ich einen Pool von gewissen Kandidaten und nur eine begrenzte Anzahl von Plätzen habe, wird die Verteilung nach einem first-come, first-served-Prinzip durchgeführt. Dort liegt für bestimmte Personen bestimmt auch eine Schwierigkeit, weil eben der Mitgliedsstaat nicht ausgewählt werden kann. Die Personen, die das Programm eintreten, können in dem Registrierungsinterview alle möglichen Angaben machen, welche die Verbindung zu einem



Mitgliedsstaat erleichtern, um die Integration nach der Überführung zu ermöglichen oder zu erleichtern. Wenn aber nur bestimmte Mitgliedsstaaten dabei sind, ist das noch ein „Programm im Aufbau“. Ob alle Strukturen in den Hotspots schon errichtet sind...

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Ich bitte auf die Zeit zu achten.

SV **Monique Müller** (EASO): OK. Wie erfolgt das Verfahren? Das wird alles über das Dublin-System übermittelt. Dublin-Anfragen werden an die anderen Mitgliedsstaaten geschickt, sodass keine neuen Instrumente eingesetzt wurden. Es laufen die einschlägigen Tools, die schon über „Dublin“ laufen. EASO braucht vor allem mitgliedersstaatliche Experten, um das Programm besser bekannt zu machen und die Behörden dabei zu unterstützen, das auch umzusetzen. Damit würde ich dann schließen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Das IKRK bitte.

SV **Balthasar Staehelin** (IKRK): Die Frage der Menschenwürde wurde angesprochen. Ich möchte eigentlich nur zwei, drei Punkte machen.

Erstens: Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Kriegsführung und der Zahl der Flüchtlinge - Binnenflüchtlinge und Flüchtlinge, die die Landesgrenzen überschreiten. Solange die Zivilbevölkerung direkt angegriffen und die Infrastruktur direkt zerstört wird – wir sehen sehr viele direkte und bewusste Angriffe auf die Spitäler – werden die Leute fliehen, weil sie keine Option haben. Das Augenmerk muss deshalb auch ganz klar auf der Einhaltung des humanitären Völkerrechts liegen. Die humanitären Bedürfnisse sind nicht gottgegeben. Sie sind auch ein Ausfluss von Handlungen und Entscheidungen der Konfliktparteien. Wo Einfluss möglich ist, muss er ausgeübt werden.

Zweitens: Wir haben sehr viel über finanzielle Mittel gesprochen. Aber wir müssen auch daran

denken, dass Hilfe in den Kriegsgebieten eine Frage des Zuganges ist. Es gibt meines Erachtens in den ländlichen Gebieten von Zentralafrika, im Osten der Ukraine oder auch in Syrien kein Koordinationsproblem, weil es gar nicht so viele Akteure sind. Die Frage ist: Wer hat Zugang, wie können wir diesen Zugang behalten und welche Art von Ansatz ermöglicht es, mit humanitären Organisationen zu den Leuten zu kommen? Das ist mindestens so wichtig und das ist nicht immer eine Geldfrage. Es ist auch eine Geldfrage, aber wir dürfen auf keinen Fall die Debatte auf die finanziellen Mittel beschränken. Die Einhaltung des Kriegsrechts und die Respektierung der humanitären Arbeit sind extrem wichtig. Die Rotkreuzbewegung hat in Syrien zwischen 2011 und 2015 57 Mitarbeiter verloren, vom syrischen Roten Halbmond und vom palästinensischen Roten Halbmond, der den palästinensischen Flüchtlingen in den Camps in Syrien hilft. Drei meiner Kollegen sind in Geiselhaft. Das ist auch eine große Frage. Ich danke Deutschland, wir danken Deutschland für die große finanzielle Unterstützung. Aber die ganze politische Dimension – die Einhaltung des Kriegsrechts, aber auch, wie eine humanitäre Aktion wahrgenommen wird, ob sie unparteilich, unabhängig ist und nicht als politische Instrument eingesetzt wird - das sind ganz wichtige Fragen, die Parlamentarier entscheidend mitprägen können. Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Herr Wagner

SV **Christoph Wagner** (ECHO): Danke, Frau Finck-Krämer, für die sehr konkrete Frage. Sie haben es zum Teil auch schon selbst angesprochen: Es geht um die Freiwilligkeit. Kurz ein paar Zahlen - es geht hier um Binnenflüchtlinge: In Subsahara-Afrika sind von den insgesamt 15,5 Mio. Vertriebenen 11,5 Mio. Binnenflüchtlinge und etwa 4 Mio. Flüchtlinge. Das heißt, fast das Dreifache sind Binnenflüchtlinge. Sie sprechen Länder an, die relativ entwickelt sind. Nigeria zum Beispiel, im Prinzip kein armes Land, hat 2,3 Mio.



Binnenflüchtlinge. In Nigeria gibt es eine kleine reiche Elite, aber es sind große Bevölkerungsgruppen extrem arm. Deshalb geht es wieder darum: Wie kann die Rückführung innerhalb des Landes geschehen? Erstens freiwillig, wie Sie ganz richtig sagen. Zweitens geht es nur dann, wenn die Sicherheitsbedingungen geeignet sind. Und es geht auch um Beschäftigungsmöglichkeiten, Ausbildung und so weiter. Zur Sicherheit will ich nur noch kurz anfügen: Das wird immer wichtiger. Gerade dieser Nexus „Entwicklung und Sicherheit“ wird immer wichtiger, auch in der Diskussion in Brüssel. Wir versuchen jetzt verstärkt, ein Instrument zu entwickeln, um konkret dort zu investieren. Auf der einen Seite muss man klar sagen: Wir können nicht Entwicklungsgelder nehmen und in das Militär stecken. Auf der anderen Seite ist es notwendig, diese zwei Bereiche zu verquicken, um Sicherheitsbedingungen zu schaffen, wie es auch gerade vom Roten Kreuz gesagt wurde. Ohne Sicherheit gibt es keine Entwicklung. Aber auch ohne Entwicklung gibt es keine Sicherheit. Danke.

Vors. Michael Brand (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Der nächste, der sich zu Wort gemeldet hat, ist Kollege Fabritius.

Abg. Dr. **Bernd Fabritius** (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich habe eine knappe Frage an Frau Müller von EASO. Wir haben natürlich in der aktuellen globalen Flüchtlingssituation ein ganzes Konglomerat an Gründen. Ein großer Teil liegt in der aktuellen Krisensituation auf der Welt. Aber das geht bis hin zu Armut und der Flüchtlingskatastrophe. Es ist mit Sicherheit nicht so, dass diese vielfältige Herausforderungslage immer die monothematische Antwort Asyl und Zuzug haben kann. Was tut die EASO, um die nötige Differenzierung in diesem Gebiet voranzutreiben? Wir brauchen, genau wie unser Bundespräsident zutreffend gesagt hat, eine Differenzierung, um den Menschen helfen zu können, die die Hilfe besonders benötigen, nachdem wir nicht allen helfen können. Danke.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Erst die Antwort und dann gehen wir weiter.

SV **Monique Müller** (EASO): EASO selbst nimmt keine Differenzierung zwischen den einen oder den anderen Personen vor, da jeder erst einmal Zugang zum Asylrecht haben muss. In den Hotspots unterstützen wir die Asylbehörde dabei, Menschen über das Asylrecht und das Umsiedlungsprogramm zu informieren. Dann nimmt die Asylbehörde selbst die Differenzierung vor, nachdem der Antrag gestellt wurde. Wir leisten also nur Unterstützung, je nachdem was angefragt wird, um das Asylverfahren nach den gegebenen Vorschriften durchzuführen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Frau Kollegin Amtsberg.

Abg. **Luise Amtsberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wobei man vielleicht ergänzen muss, dass gerade die mit besonders guter Bleibeperspektive in dieses Umverteilungsprogramm reinkommen sollen. Diejenigen – und ich befürworte das nicht, sondern kritisiere es ausdrücklich – mit der, glaube ich, 75prozentigen Bleibeperspektive sollen zu diesem Umverteilungsprogramm Zugang bekommen. Aber klar ist natürlich auch: Wenn diese Hotspots funktionieren sollen, dann muss man natürlich sehen, dass es nicht zu einer Vorauswahl kommt. Denn dann wäre das Grundrecht auf Asylantragstellung erst einmal nicht gegeben. Ich habe am Ende, Frau Müller, von Ihnen vernommen, dass Sie doch noch mehr Personal brauchen für die Aufgabe, die da ist. Kann man das irgendwie beziffern, sowohl finanzielle Mittel als auch Höhe des Personals? Es gab ja Aufstockungen, die scheinen dann aber nicht ausreichend zu sein.

Auch ist es für mich immer noch nicht ganz nachvollziehbar, wieso es jetzt bei der Verteilung in die Mitgliedstaaten selbst so stockt. Es gibt doch bereits die Zusagen, dass man aufnimmt. Warum könnte nicht Deutschland die ihm aus diesem Kontingent Zugeteilten auf einem Schlag aufnehmen? Das würde wahrscheinlich ein paar



Wochen dauern. Aber man könnte das Auswahlverfahren jetzt parallel laufen lassen. Warum passiert das nicht? Ist es nicht auch ein Problem, dass in den Hotspots überhaupt keine Möglichkeit der Unterbringung von Flüchtlingen gewährleistet ist, sodass sie sozusagen in der Obdachlosigkeit verharren müssten, wenn sie sich auf diese Umverteilung einließen und dann warten müssten? Ist es nicht auch ein Problem, dass es keine Strukturen gibt für Flüchtlinge vor Ort, wenn sie auf diese Umverteilung, die durchaus einige Tage, manchmal sogar Wochen in Anspruch nehmen könnte, warten?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Frau Müller.

SV **Monique Müller** (EASO): Zum letzten Punkt kann ich zumindest sagen, dass die Unterbringung in den Hotspots schon mit integriert wurde. Es sind Container und Zelte dort, um genügend Plätze zur Verfügung zu stellen. Und nicht nur auf den Inseln, sondern auch in Athen – wieder nur auf Griechenland bezogen. UNHCR hat das Aufnahmesystem mit einem Kontingent von 20 000 Plätzen, die griechische Regierung hat vor kurzem 3 000 Plätze in sogenannten Relocation-Camps geschaffen. Griechenland selbst hat eine gewisse Anzahl von Plätzen. Man ist also dabei, diese Zahl kontinuierlich zu steigern, um im Sommer genügend Kapazität zur Verfügung zu haben, ausreichend Leute unterzubringen. Was die Mitgliedsstaaten betrifft, möchte ich nur darauf verweisen, dass in der Ratsentscheidung festgehalten wurde, dass jeder Mitgliedsstaat in einem Turnus von drei Monaten Plätze zur Verfügung stellen muss. Diese Vorschrift müssen die Mitgliedsstaaten dann auch einhalten. Es wurde auf der Ebene der Kommissionen schon sehr viel Arbeit geleistet, um die Mitgliedsstaaten daran zu erinnern. Aber, wie gesagt, viele Mitgliedsstaaten haben noch nicht die erstmalige Anzahl von Plätzen bereitgestellt.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Erinnerungen und Zusagen sind prima. Taten sind sogar noch besser. Frau Kollegin Groth.

Abg. **Annette Groth** (DIE LINKE.): Frau Müller, ich bereise Griechenland oft, seit 2009. Da habe ich im Übrigen die schlimmsten Flüchtlingslager gesehen, die ich überhaupt in meinem Leben erlebt habe. Ich sage nur Fylakio, Petrou Ralli und dergleichen - ich denke, Sie kennen sie. Wir haben natürlich auch die ganzen Diskussionen mit EASO und die Asylbeantragung in Griechenland mitbekommen. Da muss ich konstatieren: Ich weiß, dass eines der Ziele die Unterstützung bei der Asylbeantragung war – it has failed, aber completely. Vielleicht ist es in den letzten Monaten etwas anders geworden, aber ansonsten war natürlich in Griechenland das ganze Verfahren entsetzlich und hat überhaupt nicht funktioniert. Ich möchte jetzt einmal wissen - ich war noch in keinem Hotspot, das letzte Mal war ich in Kos, dort sind jetzt Demonstrationen -, ob diese ganzen Hotspots und neuen Einrichtungen, „Location-Camps“ oder wie Sie diese auch immer bezeichnen, wirklich mit der europäischen Menschenrechtskonvention, die wir alle unterschrieben haben, vereinbar sind? Alle diese Dinge, die ich sonst gesehen habe, die Flüchtlingsunterkünfte, sind es nämlich nicht.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Frau Müller. Sie sind sehr gefragt.

SV **Monique Müller** (EASO): Das kann ich kurzhalten. Da EASO eine operative Agentur ist, die die Mitgliedsstaaten unterstützt, nehmen wir dazu keine Stellung. Wir unterstützen die Mitgliedsstaaten dabei, die Standards einzuhalten und die europäischen Vorschriften durchzusetzen.

Abg. **Annette Groth** (DIE LINKE.): Die Unterstützung bei der Einhaltung der Standards ist eine der Hauptaufgaben von EASO - das haben Sie doch gerade gesagt. Da muss man das doch auch kontrollieren. Diese Standards sind jedenfalls keine Standards entsprechend der Europäischen Menschenrechtskonvention. Es braucht EASO nicht, wenn Sie das nicht kontrollieren. Dann werde ich mich mal da bewerben.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Sie bekommen



Unterstützung. Aber Frau Müller hat geantwortet, will nichts mehr hinzufügen, wenn ich das richtig verstanden habe. Dann übergebe ich als nächstes das Wort Frau Kollegin Finck-Krämer.

Abg. Dr. **Ute Finck-Krämer** (SPD): Ich habe noch eine Frage an Herrn Staehelin. Sie hatten vorhin gesagt, dass es auch darum gehe, in Konflikten die Einhaltung des humanitären Völkerrechtes so einzufordern, dass es nicht so viele Leute gibt, die fliehen müssen. Wir sehen das Hauptproblem darin, dass wir zunehmend nichtstaatliche Akteure in den Konflikten haben und dann staatliche Akteure argumentieren: Wenn die nichtstaatlichen Akteure sich nicht an das humanitäre Völkerrecht halten, dann müssen wir das auch nicht. Was für Ansätze sehn Sie auf internationaler Ebene, um hier von einem Wettlauf um worst practices wieder wegzukommen?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herr Staehelin.

SV **Balthasar Staehelin** (IKRK): Das ist eine schwierige Frage. Um sie kurz zu beantworten, vielleicht einige Elemente. Einerseits denke ich, dass beim humanitären Völkerrecht keine Reziprozität verlangt wird. Das heißt, auch wenn Sie einem Gegner gegenüberstehen, der nicht immer das Völkerrecht einhält, haben Sie dennoch die Verpflichtung. Zweitens: Die meisten Akteure, auch nichtstaatliche Akteure, in den heutigen Konfliktgebieten stehen unter dem Einfluss von staatlichen Akteuren. Das heißt, Staaten haben durchaus Einflussmöglichkeiten - nicht auf ihre Feinde, aber auf ihre Alliierten. In diesem Sinne braucht es politische Prozesse, in denen die verschiedenen Staaten, die Interessen in Konfliktgebieten haben, sich darauf verständigen, dass das Kriegsvölkerrecht eingehalten werden muss, was auch immer man im Hinblick darauf denkt, wer dann schlussendlich in einem Konflikt siegt. Wenn das Völkerrecht nicht eingehalten wird - das haben wir auch in Bosnien gesehen -, ist es auch nach dem Krieg enorm schwierig, eine Gesellschaft wieder zusammenzubringen. Das heißt, das Völkerrecht hat nicht nur eine Relevanz

während des Krieges in dem Sinne, dass es die Menschen, die nicht an den Feindseligkeiten teilnehmen, schützen soll. Es hat über die Kriegszeit einen enormen Einfluss auf die Möglichkeit, wieder Stabilität zu gewährleisten. Ich bin mir bewusst, dass das sehr schwierig ist. Es gibt verschiedene Bestrebungen, dem humanitären Völkerrecht etwas mehr Biss zu geben. Wir haben unlängst eine internationale Rotkreuz- und Rothalbmondkonferenz gehabt, in der leider die Staaten unseren Vorschlägen, dies besser zu institutionalisieren, nicht gefolgt sind. Aber diese Anstrengungen, die Deutschland stark unterstützt, müssen weitergehen. Denn es ist ein Kernproblem der heutigen Kriegsgebiete. Danke.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Letzter Fragesteller im zweiten Block Herr Kollege Patzelt.

Abg. **Martin Patzelt** (CDU/CSU): Danke schön. Eine Frage, die auch bei einigen Vorrednern schon berührt, angemahnt wurde: eine notwendige Verzahnung zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe. Ich möchte Sie, Herr Wagner, fragen, ob dieser Paradigmenwechsel bei Ihnen in der Europäischen Union auch schon angedacht und angekommen ist, wie der Stand ist und ob Sie diese Vorstellung auch schon in Zusammenarbeit mit der deutschen Regierung entwickeln. Wir haben in unserem Ministerium durchaus eine Ressourcenverteilung auf humanitäre Hilfe und auf Entwicklungshilfe und mir erscheint dieser Gedanke sehr begrüßenswert und wichtig.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herr Wagner.

SV **Christoph Wagner** (ECHO): Tatsächlich ist es, wie Sie es sagen: Es ist nicht nur angedacht. Schon seit einigen Jahren gibt es diese sehr starke Zusammenarbeit, nicht nur in Brüssel, sondern auch vor Ort. ECHO hat insgesamt 44 Büros weltweit, in denen wir technische Spezialisten zur humanitären Hilfe haben. Diese arbeiten ganz eng mit den jeweiligen Delegationen unserer Entwicklungszusammenarbeit zusammen. Ich



selbst war in Äthiopien zum Beispiel im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und habe meinen Kollegen aus dem Bereich Humanitäre Hilfe wöchentlich gesehen, denn es ging darum, zu koordinieren, was wir in der Entwicklungshilfe im Rahmen von sozialen Erziehungsprogrammen machen und was ECHO auf der anderen Seite macht. So ist es vor Ort, aber wir machen es auch schon länger so in Brüssel. Die Mitteilung, die ich vorhin angesprochen habe, ist eine gemeinsame Mitteilung der Generaldirektion

Entwicklungszusammenarbeit und ECHO, in der wir zusammen und in Abstimmung mit anderen Dienststellen erörtern, wie wir uns im Rahmen von langfristigen Krisen besser verzahnen können? Mit Deutschland arbeiten wir auch eng zusammen. Es gibt monatliche Treffen in Brüssel, zu denen die Kollegen kommen und wo diese Dinge ständig besprochen werden. Wir kommen auch nach Berlin, wie Sie sehen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich darf allen Experten der europäischen und internationalen Organisationen für diesen zweiten Block danken und wir kommen direkt zum dritten Block, Nationale Akteure der humanitären Hilfe. Ich darf als erstes das Wort an Frau Finis vom Arbeiter-Samariter-Bund übergeben.

SV **Esther Finis** (Arbeiter-Samariter-Bund): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Der Arbeiter-Samariter-Bund ist eine Organisation, die sich nicht nur im Ausland für Flüchtlinge einsetzt, sondern auch in Deutschland. Wir sehen eine ganz dringende Notwendigkeit, die steigenden Zahlen in der Flüchtlingsbewegung ernst zu nehmen und die Finanzierung dieses humanitären Bedarfs nachhaltig zu sichern. In Deutschland sind wir mittlerweile an mehr als 200 Standorten tätig. Mit sehr vielen hauptamtlichen und noch viel mehr freiwilligen und ehrenamtlichen Helfern versorgen wir über 53 000 Flüchtlinge. In Nordirak versorgen wir syrische und kurdische Flüchtlinge in verschiedenen Flüchtlingslagern im Südlibanon. Es ist bereits angeklungen, dass wir auch außerhalb

der Flüchtlingslager für Menschen tätig sind, die Zuflucht in Wohnungen bei Freunden und Verwandten oder in wilden Zeltlagern gefunden haben. Auf der Balkanroute sind wir in Serbien, aber auch in Griechenland und Mazedonien im Einsatz. Aber wir sind auch zum Beispiel in der Ukraine gemeinsam mit den Kollegen vom Ukrainischen Samariterbund für Binnenvertriebene aus dem Osten des Landes und von der Krim tätig. In Niger kümmern wir uns um Flüchtlinge aus Mali.

Da benenne ich gleich ein Thema, das für uns besonders wichtig ist: Wir setzen uns nicht nur für die Flüchtlinge ein, sondern auch für die Menschen in den host communities, in den Gastgemeinschaften, die die Flüchtlinge aufnehmen. Es klingt vielfach utopisch, aber wir wünschen uns alle, dass die Gewalt ein Ende findet. Solange das nicht so ist, werden Menschen fliehen. Wir haben das vorhin gehört. Je stärker die Angriffe auf die Zivilbevölkerung sind, desto mehr Menschen werden ihre Heimat verlassen. Uns geht es darum, dafür zu sorgen, dass die Menschen dort, wo sie hinkommen – und das sind in erster Linie gar nicht die europäischen Länder, sondern die Nachbarländer der Konfliktregionen sind die Orte, wo sie Zuflucht suchen und wo sie im Moment in vielen Fällen keine menschenwürdigen Umstände finden – Hilfe und Unterstützung bekommen. Viele sehen sich gezwungen, sich in die Hand von Schleppern zu begeben, eine gefährliche Überfahrt nach Europa zu unternehmen. Das ist für uns ein eigentlicher Skandal, dass Menschen dort, wo sie Zuflucht suchen, keine Zuflucht finden und immer weiter suchen müssen.

Die Finanzierung vieler Flüchtlingslager ist in unseren Augen in keinem Maße sichergestellt. Die grundlegenden Bedürfnisse werden oft nicht erfüllt. Es geht nicht nur um ein Dach über dem Kopf. Es geht um Nahrungsmittel und Trinkwasser. Es geht um Hygieneartikel. Aber auch um die Schulung darin: Wie kann ich unter den für mich völlig neuen Umständen eines Flüchtlingslagers



gesund bleiben? Wie können meine Kinder gesund bleiben? Wo können meine Kinder zur Schule gehen? Wo können meine Kinder einen Abschluss erlangen? Wie kann ich meinen Lebensunterhalt selbst verdienen, damit ich nicht abhängig bin und echte Teilhabe habe in meiner neuen Umgebung, die mir für viele Jahre eine Heimat sein kann? Diese Finanzierung kann nicht nur kurzfristig erfolgen. Wir müssen uns klarmachen, dass es hier nicht um Monate oder Jahre, sondern vermutlich um Jahrzehnte geht, in denen andere Staaten, andere Menschen unsere Hilfe brauchen. Und eben nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch die Gastgemeinden. Viele Menschen leben nur knapp oberhalb oder unterhalb der Armutsgrenze. Wenn wir nur den Flüchtlingen helfen – wir sehen es ja in Deutschland – dann entstehen ganz schnell zusätzliche Konflikte, die niemand braucht; am wenigsten die Menschen, die von Gewalt und Krieg oder von sozialen Härten betroffen sind.

Eines der obersten Prinzipien in der humanitären Hilfe heißt *do no harm*. Das klingt so einfach: Füge keinen Schaden hinzu. Aber das muss in unseren Programmen im In- und Ausland ein ganz zentrales Prinzip sein. Aber es muss auch finanziert werden. Integration sagt sich so leicht. Aber gesellschaftliche Teilhabe wirklich zu ermöglichen – allen Betroffenen – ist eine riesige Herausforderung. Dafür braucht es großen Einsatz. Das gilt zum Beispiel auch für Menschen, die aus Deutschland abgeschoben werden, oder die freiwillig wieder ausreisen. Die müssen wir unterstützen, aber auch die Gemeinschaften, die Gemeinden, die Regionen, in die sie zurückkehren, brauchen unsere Unterstützung, damit sich nicht andere auch noch auf den Weg machen müssen, alles verkaufen, alles verlieren und vor dem völligen Nichts stehen, wenn sie zurückgeschickt werden. Für uns ist es wichtig, dass die Gelder, die zur Verfügung gestellt werden, zum einen wirklich gezahlt werden, zum anderen aber auch direkt bei den Betroffenen ankommen. Wir glauben, dass Nichtregierungsorganisationen wie der ASB dazu in der Lage sind. Wir setzen die Mittel gemäß dem

humanitären Imperativ ein. Wir sind sach- und wirkungsorientiert und transparent aktiv und wir hoffen sehr, dass dieses immer noch gültige Schlagwort, das so oft benutzt wird und immer noch gilt, „Hilfe zur Selbsthilfe“, mit unserem Einsatz und vor allem mit dem großen Einsatz der vielen Ehrenamtlichen in Deutschland und weltweit anerkannt und weiter unterstützt wird.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Besten Dank dafür. Wir freuen uns auf Frau Andrea Hitzemann, Beauftragte für Caritas International hier im Berliner Büro.

SV **Andrea Hitzemann** (Caritas International, Berliner Büro): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren. Zunächst einmal herzlichen Dank für die Einladung – wir freuen uns darüber, dass Caritas International hier die Gelegenheit hat, seine Sicht vorzutragen und gehört zu werden.

Es ist auch ein Effekt dieser enormen Flüchtlingsbewegung, dass wir jetzt in einem so großen Kreis hier zusammensitzen. Man möchte meinen, die Flüchtlinge hätten uns geholfen, dieses Thema hier und jetzt ganz prominent auf die Tagesordnung zu bringen. In Syrien lebende Familien sind, soviel wir wissen, soviel wir sehen, soviel wir davon Berichte auch unserer Mitglieder, unserer Caritas-Organisationen, bekommen, wirklich absolut verzweifelt. Millionen sind in ihrem Land oder außerhalb auf der Flucht. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist von 70 Jahren auf 55 Jahre gesunken. Mehr als 70 000 Menschen sind gestorben, weil keine Gesundheitsversorgung vorhanden ist, sauberes Wasser oder Unterkünfte fehlen. Nur um ein Beispiel zu geben: In Damaskus gibt es Straßen, in denen viele Schilder der Praxen, die die Ärzte hatten, noch hängen. Aber die Ärzte sind schon lange nicht mehr da. Menschen, die jetzt in Not sind, finden überhaupt keine Gesundheitsversorgung.

Aber nicht allein die statistischen Zahlen sollen



hier angeführt werden. Es geht hier auch nicht allein um den Krieg oder die Kriege im Nahen Osten. Auch im Süd-Sudan oder in Burundi sind viele Menschen auf der Flucht. Auch dort wird Nothilfe von einheimischen Organisationen geleistet. Nur: diese Flüchtlinge haben bisher nicht Deutschland, nicht Europa erreicht. Deswegen sind sie auch nicht so sehr auf der Agenda. Ich plädiere hier dafür – und wir als Caritas International ganz besonders –, diese schwelenden Krisen in anderen Teilen der Welt gerade auch auf dem diplomatischen Parkett nicht zu vergessen und zu versuchen, mit Verhandlungen rechtzeitig einen Frieden herbeizuführen. Besondere Aufmerksamkeit sollte auch der Tatsache geschenkt werden, dass wir in Deutschland nicht unbedingt immer ausreichend Informationen in der Presse haben, dass also auch die deutsche Öffentlichkeit mitgenommen werden muss, was diese Krisen in anderen Ländern, die weniger Aufmerksamkeit bekommen, betrifft.

Wir haben bisher in der humanitären Arbeit weit öfter mit Naturkatastrophen zu tun gehabt, aber wir wissen: Die Kriegsschauplätze werden mehr. Wir müssen anerkennen, dass Krisen, Konflikte und Kriege zunehmen und damit verbundene Vertreibungen massiv sind und auch andere Länder, wie den Kongo, die Zentralafrikanische Republik oder Süd-Sudan, betreffen. Ich muss es hier noch einmal betonen: Für Konflikte müssen Lösungen gefunden werden. Humanitäre Hilfe ist kein Ersatz dafür. In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass Waffenhandel, Waffenproduktion, Waffenexporte durchaus eine Rolle dabei spielen müssen, Lösungen zu finden.

Bildung ist für uns, besonders als Caritas und gerade im Nahen Osten, sehr wichtig. Wenn jahrelang die Perspektive zur Rückkehr fehlt, dann fragen sich natürlich viele Eltern: Was passiert mit meinen Kindern? Die Gefahr ist auch hier sehr groß, dass Kinder später radikalisiert werden, dass Jugendliche keine Ausbildung haben und dass Strukturen fehlen, um überhaupt einen Staat und

eine Gesellschaft wieder aufzubauen. Wir müssen also sehen, dass diese stabilisierenden Strukturen – und das ist insbesondere die Bildung – auch tatsächlich gefördert werden. Es braucht dafür eine dauerhafte und länger anhaltende Finanzierung. Es geht also nicht nur um Nothilfe, sondern es geht darum, Perspektiven für Flüchtlinge zu bauen und ihnen dabei zu helfen, Perspektiven zu entwickeln.

Wir begrüßen natürlich ausdrücklich, dass längerfristige Finanzierungen auch inzwischen über das Auswärtige Amt möglich sind, sehen aber durchaus auch – was hier schon diskutiert wurde – einen Abstimmungsbedarf zwischen den Ressorts, was die langfristige Finanzierung und gerade auch die Investition in Bildung betrifft, die absolute Priorität haben sollte. Wenn zum Beispiel in solchen Finanzierungssituationen einmal zwei Monate ausfallen, dann ist es für natürlich schwierig, aber wir können es noch einmal wettmachen durch Spenden, die dann eingesetzt werden. Es ist aber durchaus schwierig gerade auch für die Partnerorganisationen vor Ort, dies auch gegenüber ihren Regierungen vertreten zu können, denn Caritas Libanon zum Beispiel ist auch Partner der libanesischen Regierung. Es ist noch viel schwieriger für diese Partner, dies auch den Bedürftigen zu erklären.

Wir plädieren daher dafür, die Partner und Strukturen vor Ort in der humanitären Hilfe stärker in den Blick zu nehmen. Ich glaube, in London auf der Geberkonferenz hatten auch Partner eine Stimme; sie sollten, glaube ich, drei Minuten Sprechzeit haben und hatten dann zwei Minuten Sprechzeit. Lokale Partnerorganisationen vor Ort sind essentiell für die humanitäre Hilfe, für uns alle. Denn egal wieviel Geld wir zur Verfügung stellen – es muss in erster Linie von Strukturen vor Ort an die Bedürftigen gebracht werden. Das sollten wir nicht aus den Augen verlieren. Denn es ist wirklich unglaublich zu sehen, wie diese Partner auch in Situationen, wie sie in Aleppo oder in Homs oder in Damaskus herrschen, sowohl Christen als auch Muslimen helfen zu überleben.



Die Kapazitäten von Partnerstrukturen sind wichtig. Ich möchte es hier auch noch einmal betonen: Gerade bei langanhaltenden Krisen ist es wichtig, dass Partner die Möglichkeit haben, Perspektiven für ihre Organisationsstrukturen zu sehen. Wir bilden Personal aus. Die Partner bilden Personal aus und es ist wichtig, nicht zu vergessen, dass langfristige Finanzierung nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch für Partnerstrukturen wichtig ist. Dankeschön.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Gerade der Fokus auf die lokalen Akteure war, glaube ich, ganz besonders wichtig. Wir freuen uns, dass Herr Johnen vom Deutschen Roten Kreuz, Leiter der internationalen Zusammenarbeit, bei uns ist.

SV **Christof Johnen** (DRK): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Lokale Strukturen - da möchte ich gleich anknüpfen, auch im Hinblick auf den humanitären Weltgipfel und die dort zu verhandelnden Themen. Ich möchte das ein bisschen in Perspektive setzen, von einem der Ursprungsorte der derzeitigen Flüchtlingskrise, Syrien, bis nach Deutschland. Das Deutsche Rote Kreuz versorgt in Deutschland aktuell mehr als 150 000 Flüchtlinge. Das ist keine kumulative, sondern eine ad-hoc-Aufnahme. Das stellt uns vor eine gewisse Herausforderung. Der syrisch-arabische Rothalbmond versorgt in einem vom Krieg zerrissenen Land jeden Monat 4,5 Mio. Menschen mit grundlegender humanitärer Hilfe. 4,5 Mio. Menschen – Sie müssen sich einfach diese Dimension vergegenwärtigen. Das geschieht mit großer Unterstützung: kleiner Unterstützung des DRK, großer Unterstützung des IKRK, der UN-Familie. Aber es sind die freiwilligen Helfer vor Ort, die die größte Last tragen. Wie Frau Hitzemann sagte: Wir müssen noch viel stärker darauf abstellen, diese lokalen Strukturen zu stärken. Ich glaube, sie werden in der internationalen Wahrnehmung nach wie vor in ihrer Bedeutung unterschätzt.

Der zweite Punkt – auch im Zusammenhang mit

dem humanitären Weltgipfel: Es gibt keine Alternative zur prinzipienbasierten humanitären Hilfe, die nicht nur die Durchsetzung des humanitären Völkerrechts von Staaten und Konfliktparteien einfordert, sondern sich andererseits auch klar zu den humanitären Prinzipien Neutralität, Unparteilichkeit und insbesondere Unabhängigkeit bekennt. Eine Abkehr davon mag uns kurzfristig Erfolge bringen. Sie wird langfristig zu großen Problemen führen. In dem Zusammenhang möchte ich auch sagen, dass wir nicht der Meinung sind, dass das humanitäre System als solches zerbrochen oder schwer geschädigt ist. Wir glauben vielmehr, dass die Idee eines monolithischen humanitären Systems der Komplexität der Welt einfach nicht gerecht wird. Die Welt ist komplex. Insofern muss auch ein humanitäres System ein Netzwerksystem sein. Es muss ein System sein, das in sich flexibel und adaptiv ist.

Dritter Punkt für den humanitären Weltgipfel: Finanzierung. Gerade auch in Deutschland sehen wir deutliche Verbesserungen bei der Finanzierung. Die Mehrjährigkeit humanitärer Finanzierung ist schon angesprochen worden und auch die Steigerung der Summen. Auch da ist Deutschland sicherlich ein Vorreiter. Ebenso wichtig ist die Verbindung zur Entwicklungszusammenarbeit. Aber diese Verbindung darf eben nicht – und da möchte ich noch einmal aufgreifen, was Herr Wagner sagte – dazu führen, dass wir alles über einen Kamm scheren. Humanitäre Prinzipien müssen gewahrt werden. Auf der anderen Seite ist es Fakt, dass heute die humanitären Akteure in vielen dieser sogenannten protracted crisis die einzigen sind, die Dinge tun, die früher Entwicklungsagenturen gemacht haben. Wenn das IKRK heute in einer Stadt wie Aleppo mit 2,2 Mio. Einwohnern vor dem Konflikt – und das ist eine Großstadt mit komplexen Systemen – Wasserinfrastruktur bereitstellt, dann ist das etwas, das früher Entwicklungsagenturen getan haben und was heute humanitäre Agenturen tun müssen. Auch das muss



man dabei berücksichtigen. Wir wünschen uns weiterhin – das hatte ich schon kurz gesagt –, dass die Stärkung und der Aufbau lokaler Strukturen kein Nebenprodukt humanitärer Finanzierung ist, sondern dass es wirklich zu einem Ziel humanitärer Arbeit wird.

Noch einen Punkt habe ich: Innovation. Das ist am Anfang von den VN-Kollegen, glaube ich, und von Frau Dr. Jemilah Mahmood ebenfalls angesprochen worden. Innovation - zum Beispiel:

Vorhersagebasierte Finanzierung. Auch da nimmt Deutschland eindeutig wieder eine Vorreiterrolle ein. Es geht darum, nicht erst zu agieren, wenn ein Schaden eingetreten ist. Es wurde das Beispiel der Dürre in Ostafrika genannt. Auf der anderen Seite muss man sagen - das ist nicht trivial: Wenn wir Gelder einsetzen und eine Katastrophe tritt nicht ein – auch dann werden wir kritisiert werden. Insofern müssen die Mechanismen der vorhersagebasierten Finanzierung sehr fein ausgewogen sein. Aber auch dort, glaube ich, ist Deutschland auf einem sehr guten Weg. Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich darf bei uns Frau Sabrina Khan, Islamic Relief Deutschland, Leiter der Programmabteilung, begrüßen. Sie haben das Wort.

SV **Sabrina Khan** (Islamic Relief Deutschland e.V.). Vielen Dank, Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren. Wir finden es wichtig, in diesem Kontext noch einmal die Fluchtursachen zu betrachten - Klimawandel, Naturkatastrophen, die wirtschaftliche Situation in den Herkunftsländern, politische Instabilität – meist über Jahrzehnte – und für die aktuelle Situation wohl am bedeutendsten: Kriege und Gewaltkonflikte. Angesichts der aktuellen Gewaltkonflikte in den verschiedenen Regionen der Welt werden laut UNHCR die Flüchtlingszahlen weiterhin steigen. Islamic Relief ist über sein internationales Netzwerk in Herkunfts-, Transit- und Ankunftsändern tätig und sieht sich verschiedenen Herausforderungen gegenüber.

Im Folgenden möchte ich gerne auf Flucht, verursacht durch Kriege und Gewaltkonflikte, eingehen. Die Intensität der Kriegshandlungen in Herkunftsländern, wie beispielsweise in Syrien, hat sich zum Jahreswechsel verstärkt. Diese verursachen neue Fluchtbewegungen. Insbesondere der Gestaltwandel der kriegerischen Gewalt hat massiven Einfluss auf die Umsetzung der humanitären Hilfe. Ein Beispiel hierfür ist das gewaltsame Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung. Zivilisten werden zu direkten Angriffszielen. Am Beispiel des Konflikts in Syrien wird deutlich, dass Zivilisten immer stärker in Kriegshandlungen einbezogen werden. Gezielter Beschuss, Zerstörung von ziviler Infrastruktur wie Schulen, Krankenhäuser, Wasseraufbereitungsanlagen und Märkten gehören zur Tagesordnung. Weiterhin erschweren neue Strategien der Kriegsführung wie die erschreckende Taktik der Belagerung und des Aushungerns sowie die Verweigerung des Zugangs für humanitäre Helfer die Arbeit der humanitären Akteure und machen sie fast unmöglich. Hier können, auch wenn genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, die Hilfen nicht umgesetzt werden. Hier bedarf es einer klaren politischen Forderung an alle Akteure des Konflikts zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts und ungehinderten humanitären Zugangs zu allen Menschen, die sich in Not befinden. Humanitäre Hilfe kann kein Substitut für politische Lösungen sein. Wie schon bereits angesprochen: Die Intensivierung von Kriegshandlungen verursacht neue Fluchtbewegungen. Dies übt erneut Druck auf die Aufnahmeländer, wie beispielsweise die Türkei, Jordanien oder den Libanon, aus. Für viele Aufnahmegesellschaften stellen diese Entwicklungen kaum zu bewältigende Herausforderungen dar. Es kommt zu Konflikten, Spannungen zwischen Lokalbevölkerung und Flüchtlingen und zu Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Flüchtlingsgruppen. Das Erleben von Kriegshandlungen, der Verlust von Familienmitgliedern, der Verlust von Heim und Heimat können allesamt eine massive psychologische Belastung für Flüchtlinge



darstellen. Wenn nun in Aufnahmeländern Aspekte wie fehlende Beschäftigungs- und Bildungsmöglichkeiten, mangelnde Integration in das gesellschaftliche Leben und zunehmende Perspektivlosigkeit für die Flüchtlinge hinzukommen, können sich Aufnahmeländer zu Transitländern entwickeln.

Angesichts der aktuellen Herausforderung benötigen wir umfangreiche Lösungsansätze, die über kurz- und mittelfristige Maßnahmen hinausgehen. Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit bedürfen einer besseren Abstimmung.

Entwicklungszusammenarbeit trägt langfristig zum Abbau von Fluchtursachen bei. Sie trägt dazu bei, Lebensumstände in Herkunftsländern so zu verbessern, dass Menschen nicht gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. In Aufnahmeländern müssen Lebensperspektiven für Flüchtlinge geschaffen werden wie Bildung, Integration in den Arbeitsmarkt und in das gesellschaftliche Leben. Es sollten Potentiale erkannt und die Migration als Chance gesehen werden. Durch diese Maßnahmen erlangen Flüchtlinge dann einen Teil ihrer Autonomie zurück und durch den Zugang zum Arbeitsmarkt werden sie nicht nur wirtschaftlich tätig, sondern nehmen auch am gesellschaftlichen Leben teil. Benötigt werden auch mehrjährige Finanzierungen und Maßnahmen zur Unterstützung, die Aufbau und Sicherung der Lebensgrundlagen gewährleisten.

Auch sollten lokale Diaspora-Organisationen in das humanitäre System integriert werden. Diese Einbeziehung kann es Regierungen und NGOs ermöglichen, vom bestehenden Wissen und Know-how der Organisationen zu profitieren und gezielt auf Bedürfnisse der verschiedenen Flüchtlingsgruppen einzugehen. Ein weiterer Aspekt ist der Einbezug des privaten Sektors. Die Privatwirtschaft kann angesichts der Flüchtlingssituation zu einem wichtigen Verantwortungsträger avancieren und somit auch einen wichtigen Beitrag zum Integrationsprozess in

Aufnahmeländern beitragen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Als nächster Experte ist Herr Mathias Mogge von VENRO bei uns.

SV **Mathias Mogge** (VENRO): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. VENRO ist der Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen. In VENRO sind über 120 NGOs organisiert und viele von diesen NGOs sind in der humanitären Hilfe engagiert. Sie sind an den Hotspots in vielen schwierigen Ländern unter schwierigsten Bedingungen aktiv und leisten humanitäre Hilfe. Der Bedarf an humanitärer Hilfe ist erheblich und wir gehen davon aus, dass er auch weiter steigen wird. Deswegen ist ein funktionierendes und mit ausreichenden Mitteln ausgestattetes humanitäres System erforderlich. Deswegen ist, glaube ich, der World Humanitarian Summit genau richtig. Wir begrüßen durchaus die Mittelaufstockung, die es in den letzten Jahren gerade im Auswärtigen Amt für humanitäre Hilfe gegeben hat. Wir stellen aber auch fest, dass längst nicht alle Anträge, die gerade auch von NGOs gestellt worden sind, bewilligt werden. Es ist also mit Sicherheit nicht so, dass genügend Geld vorhanden ist. Die zunehmend sich verstetigenden Krisen und damit verbunden auch langandauernden Vertreibungen, die protracted crises, protracted displacements erfordern – das haben die UN-Kollegen schon vorhin erwähnt – längere Finanzierungszyklen und eine größere Flexibilität der Finanzierung. In den letzten Jahren gibt es durchaus positive Veränderungen, aber wir glauben, dass nach wie vor weitere Veränderungen möglich sein sollten, zum Beispiel das Vorhalten von Hilfsgütern vor Ort, das sogenannte prestocking. Das Zusammenspiel mit anderen Finanzierungsinstrumenten ist bereits angesprochen worden. Insbesondere die BMZ-Übergangshilfe ist ganz, ganz wichtig. Aber bei der Übergangshilfe kommen nur zehn Länder in Frage. Viele andere Länder, wo wir es für notwendig erachten würden, zum Beispiel Mali, der Sudan,



die Zentralafrikanische Republik, Liberia und Sierra Leone sind in diesem Titel überhaupt nicht enthalten. Ich denke, da gibt es Korrekturbedarf. Es geht nicht nur um mehr Mittel, sondern auch um verbesserte Hilfe. Das Auswärtige Amt hat NGOs in den letzten Jahren dabei unterstützt, besser zu werden, Qualitätsstandards einzuführen, Instrumente wie cash transfers, die hier auch schon erwähnt worden sind, durchzuführen und Qualitätsinitiativen, wie den Core Humanitarian Standard, einzuführen. Wir halten dies für extrem wichtig und wir hoffen, dass solche Initiativen auch in Zukunft weiterhin gefördert werden. Investitionen in sogenannte response preparedness, crisis anticipation, frühzeitige Hilfe sind unseres Erachtens absolut wichtig. Die Investitionen in diese Maßnahmen sparen am Ende sehr, sehr, sehr viel Geld. Das, was wir heute in preparedness, in resilience investieren, brauchen wir später nicht in humanitäre Hilfe zu investieren. Es gibt diesen Wunsch der Geber, immer mehr Mittel über sogenannte pooled funding mechanisms abzuwickeln. Es gibt die großen EU Trust Funds wie Madad, Africa Stabilization Fund etc - es gibt fast wöchentlich einen neuen Fund. Für uns NGOs ist es unglaublich aufwendig, da überhaupt noch hinterher zu kommen. Wir müssen uns ständig neu registrieren. Wir müssen uns an neue Regularien gewöhnen. Das sind unglaubliche Transaktionskosten, die dabei entstehen. Wir würden uns freuen, wenn das stärker berücksichtigt wird. Wir merken auch, dass diese Funds häufig nicht transparent oder transparent genug durchgeführt werden. Was vorhin schon angesprochen wurde: Lokale und kleinere NGOs kommen häufig überhaupt nicht zum Zuge. Das bedauern wir ausdrücklich. Nur 0,2 Prozent der internationalen Hilfe wird überhaupt direkt über lokale NGOs abgewickelt. So sehr wir auch schätzen, dass Mittel über die UN, zum Beispiel über die Common Humanitarian Funds abgewickelt werden, so müssen wir doch feststellen, dass dies häufig sehr bürokratisch, schwerfällig und langwierig ist. Das macht es uns schwer, dann wirklich effektiv und schnell Hilfe zu leisten.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Da war eine ganze Menge drinnen. Ich darf als nächstes das Wort an die Geschäftsführerin von Handicap International, Frau Susanne Wesemann, erteilen. Willkommen.

SV **Susanne Wesemann** (Handicap International e.V.): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, für die Gelegenheit, hier zu sprechen. Ganz kurz zu meiner Organisation: Handicap International arbeitet in 60 Ländern weltweit für und mit Menschen mit Behinderung und besonders Schutzbedürftige wie Flüchtlinge und Binnenvertriebene, größtenteils in Konflikt- und Wiederaufbausituationen. Im Syrienkonflikt beispielsweise engagiert sich Handicap International seit 2011 für die humanitäre Versorgung der Opfer und leistet unter anderem Rehabilitation, psychologische Betreuung, Verteilung von non-food items sowie Risikoauflösung als Teil des humanitären Minenräumens in Jordanien, im Libanon, im Irak und auch in Syrien selbst.

Auf der Basis dieser Erfahrung und der Ergebnisse von zwei Studien, die wir im letzten Jahr veröffentlicht haben, möchte ich heute zu den Themen Fluchtursachenbekämpfung und Versorgung von Flüchtlingen zwei Aspekte aufgreifen, die auch im Hinblick auf den humanitären Weltgipfel schon im Bericht des VN-Generalsekretärs analysiert worden sind als Teil von zwei der fünf core responsibilities.

Zum einen, wie schon mehrmals angesprochen, die Thematik des Schutzes der Zivilbevölkerung vor dem Einsatz von Explosivwaffen in stark bevölkerten Gebieten. Wir drängen sehr darauf, dass Deutschland und auch die internationale Gemeinschaft diesen Einsatz in bevölkerten Gebieten verurteilt und zu beenden versucht, unter anderem natürlich, um den Zugang der Bevölkerung zu humanitärer Hilfe sicherzustellen und humanitäre Bedürfnisse abdecken zu können.

Zum anderen drängt Handicap International mit anderen Organisationen darauf, dass der



humanitäre Weltgipfel in politische Zusagen mündet, die Würde von Menschen mit Behinderung und besonders Schutzbedürftigen zu respektieren. Wir fordern insbesondere die Entwicklung und Unterstützung globaler Standards und Richtlinien zur inklusiven humanitären Hilfe, die Koordination, Durchführung, Monitoring und Finanzierung umfassen und die weitere Unterstützung für die inklusive Praxis humanitärer Akteure sicherstellen.

Zum Hintergrund: Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation sind 15 Prozent der Weltbevölkerung Personen mit Behinderungen. Sie sind neben Älteren, Verletzten, chronisch Kranken sowie Frauen und Kindern am meisten und überproportional von Katastrophen und Konfliktsituationen betroffen und einem hohen Risiko ausgesetzt, durch das Raster der humanitären Hilfe zu fallen. Laut einer aktuellen Studie, die unter Leitung von Handicap International als Teil der globalen Konsultation zum humanitären Weltgipfel durchgeführt wurde, haben drei von vier Menschen mit Behinderung in Krisensituationen keinen ausreichenden Zugang zur Grundversorgung wie Wasser, Unterkunft, Nahrung oder Gesundheit. 85 Prozent der befragten humanitären Akteure erkennen an, dass Menschen mit Behinderung in Zeiten von Krisen schutzbedürftiger sind und 92 Prozent schätzen, dass Menschen mit Behinderung bisher nicht angemessen in der humanitären Hilfe berücksichtigt werden. Menschen mit Behinderung bleiben in der betroffenen Bevölkerung weitgehend unsichtbar. Sie werden bei der Registrierung von Flüchtlingen nicht oder falsch identifiziert. Sie sind oft von Planung, Bedarfsanalyse oder Design der humanitären Hilfe ausgeschlossen und erhalten keinen Zugang zu behindertenspezifischen Leistungen, wie Rehabilitation oder Versorgung mit notwendigen Hilfsmitteln. Einige der Hauptbarrieren beim Zugang zur Hilfe in Krisensituationen liegen in der fehlenden Information über Hilfsangebote, im schwierigen physischen oder finanziellen Zugang, Mangel an

Personal, das für Behinderung geschult ist und weiter Entfernung zu Hilfsleistungen. Außerdem brechen häufig Unterstützungsstrukturen zusammen, wodurch sich die Auswirkungen der Situation auf die Schutzbedürftigsten verschärfen.

Humanitäre Krisen führen häufig zum Anstieg von Behinderungen, sei es auf Grund von neuen Verletzungen oder mangelnder medizinischer Versorgung. Diese Schwierigkeiten werden in Gebieten noch verstärkt, die besonders vom Einsatz von Explosivwaffen betroffen sind. Laut dem im Mai letzten Jahres von Handicap International veröffentlichten Bericht zum Einsatz von Explosivwaffen in Syrien leben 5,1 Mio. Menschen, darunter 2 Mio. Kinder in Gebieten, die nach einem Einsatz explosiver Waffen hochgradig kontaminiert sind. Der Bericht wurde verfasst, um die von den Explosivwaffen ausgehenden Gefahren zu dokumentieren. Er basiert auf einer Zusammenstellung von Sekundärdaten zu Unfällen, die mit konventionellen Waffen und improvisierten Sprengsätzen im Zeitraum von Dezember 2012 bis März 2015 in Verbindung gebracht wurden. Der Bericht zeigt den erschreckend hohen Grad der Intensität der Kämpfe und den immensen Einsatz explosiver Waffen. 84 Prozent der rund 80 000 gemeldeten Unfälle wurde durch diese verursacht, 75 Prozent der Unfälle ereigneten sich in dicht bevölkerten Gebieten.

Was kann getan werden? Das Bewusstsein und Verständnis von Behinderung und Inklusion steigt und humanitäre Akteure entwickeln zunehmend interne Maßnahmen und Instrumente, um inklusive humanitäre Hilfe zu unterstützen. Es gibt jedoch bisher keine allgemein vereinbarten Standards, um eine gemeinsame Vorgehensweise zu gewährleisten und die Wirksamkeit und Rechenschaftspflicht der humanitären Hilfe zu verbessern. Die Entwicklung globaler Standards und Richtlinien zur Einbeziehung von Behinderung würde Deutschland und anderen Staaten helfen, die im Rahmen der UN-Behindertenrechtskonvention festgelegten



Verpflichtungen einzuhalten. Sie würde auch die Umsetzung anderer inklusiver Vereinbarungen, wie dem Sendai Framework for Disaster Risk Reduction und der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ erleichtern, indem sie die Kapazitäten, die Rechte und die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung anerkennt und berücksichtigt. Diese Richtlinien und Standards sollten praktische Änderungen festigen, wie zum Beispiel die Stärkung der Fähigkeiten der humanitären Akteure, einschließlich der Organisationen von Menschen mit Behinderung, besonders lokalen Organisationen, in humanitärer Koordination und Bereitstellung von inklusiven Maßnahmen, die Sicherstellung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Phasen des Projektzyklus, um bedarfsgerechte Versorgung zu gewährleisten, die Verbesserung der Erfassung von Daten, aufgeschlüsselt nach Alter, Geschlecht, Art der Behinderung, Umfeld und Unterstützungsstrukturen, um auf Basis dieser Daten angemessenere humanitäre Maßnahmen planen und durchführen zu können.

Ein zusätzlicher Standard sollte sich mit der Entwicklung von Indikatoren befassen, um das „Mainstreaming“ von Inklusion in Richtlinien und Finanzierung der Geldgeber nachzuhalten. Handicap International sieht daher den humanitären Weltgipfel als ausgezeichnete Gelegenheit, die Entwicklung von Standards und Richtlinien der inklusiven humanitären Hilfe voranzubringen und insbesondere für letzteres eine klarere Roadmap für die baldige Umsetzung zu vereinbaren.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich danke allen sechs Experten, die hier im dritten Block Stellung genommen haben. Bevor wir jetzt in die Fraktionsrunde einsteigen: Wir haben 50 Minuten später begonnen wegen der namentlichen Abstimmung. Wir sind in unserem Zeitplan, aber nicht mehr in dem ursprünglichen Plan, um 18:00 Uhr zu enden. Da Herr Mogge uns in Richtung Flughafen verlassen muss, möchte ich dies

vorziehen und die Kollegen fragen, wer Fragen an Herrn Mogge hat, damit wir diese Expertise noch nutzen können. Frau Kollegin Steinbach und dann Frau Kollegin Groth, Frau Amtsberg.

Abg. **Erika Steinbach** (CDU/CSU): Herr Mogge, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen – wie ich aus der Erfahrung erlebt habe –, dass kleine Hilfsorganisationen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Ich teile Ihre Auffassung, dass auch gerade kleine Hilfsorganisationen sehr effizient Hilfe leisten können, weil sie sich meistens dort engagieren, wo sie sich besonders gut auskennen. Etwas anderes wurde dann bei Herrn Johnen noch einmal deutlich – für mich jedenfalls: die Stärkung der humanitären Strukturen. Das ist ganz wichtig. Eine Frage von meiner Seite: Es wurde in der gesamten Debatte deutlich, dass ein besonderes Augenmerk auf die Kinder zu legen ist. Vor dem Hintergrund auch meine Frage: Wenn man Kindern Beschulung anbieten will – und das muss man ja tun, damit sie eine Perspektive im Leben haben –, dann ist es sicherlich nützlich, wenn nach Möglichkeit heimatnahe Organisationen, Einrichtungen geschaffen werden, damit sie in ihrer Sprache auch schnell beschult werden können? Wir sehen hier in Deutschland, wie schwierig es ist, Kinder, die nur Arabisch können, keine Schriftzeichen von uns lesen können, zu beschulen, zumal wir keine Dolmetscher haben. Vor dem Hintergrund mein Plädoyer, möglichst heimatnah unterzubringen, um den Kindern eine Chance zu geben.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Gezielt an Herrn Mogge: Frau Groth.

Abg. **Annette Groth** (DIE LINKE.): Ich freue mich auch, dass hier die Qualitätsstandards und die Schwierigkeit, an Geld heranzukommen für kleine Organisationen benannt wurden. Ich kenne das auch schon viele, viele Jahre. Je größer der Batzen Geld, desto einfacher ist es. Kleine NGOs fallen allmählich völlig heraus - Frauenorganisationen, Behindertenorganisationen, also alle, die am Rand sind. Das muss geändert werden. Ich frage Sie: Wie



können wir das ändern? Das ist ähnlich wie bei uns mit verrückten Pflegestandards und immer mehr Bürokratie. Sie sind mehr mit Dokumentieren und Evaluieren beschäftigt als mit dem eigentlichen Job. Da läuft doch was total falsch. Frage: Wie kann man es machen?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Ich würde bitten: zunächst an Herrn Mogge. Wir machen dann die Fraktionsrunde. Aber damit er auch noch eine Antwort geben kann, bevor er uns verlässt. Frau Amtsberg.

Abg. **Luise Amtsberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das geht genau in die gleiche Richtung. Ich kann da an meine Kollegin Groth nahtlos anknüpfen. Es besteht ein Widerspruch zu dem, was der Generalsekretär in seinem Bericht vorschlägt - statt auf kurzfristige, individuelle Projekte zu setzen, eher auf langfristige Kooperationen verschiedener Organisationen. Darin liegt ein Widerspruch. Wie geht man damit um? Gibt es schon einen Diskurs darüber? Ich stecke da nicht so drin, aber es würde mich interessieren, denn sonst haben wir tatsächlich die Gefahr, dass gerade die Organisationen, die auch kleine Gruppen in den Fokus nehmen, mit ihren bestimmten und besonderen individuellen Bedürfnissen völlig rausfallen. Dann kann es passieren, dass wir ganze Gruppen, die Schutz brauchen, nicht ausreichend berücksichtigen in der humanitären Hilfe.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herr Mogge.

SV **Mathias Mogge** (VENRO): Ganz vielen Dank. Ich glaube, das Problem ist durchaus erkannt. Wenn man in die Vorbereitungsdokumente des Global Humanitarian Summit schaut, dann sieht man schon: Es ist erkannt. Man merkt: Da müssen wir etwas tun. Ich glaube aber, dass man dafür auch einen politischen Willen braucht. Es braucht einen Ruck und es braucht eine stärkere Harmonisierung dieser vielen Regelungen, Instrumente etc. Durchaus auch an die Adresse der Kollegen von den Vereinten Nationen: Dort auch einfach den Druck aufbauen - Leute, Ihr müsst da

schneller werden! Ich sehe auch, dass die Vereinten Nationen wiederum sagen werden: Uns sagen die Geber: Das muss alles so und so abgewickelt werden und wir brauchen die und die administrativen Vorgaben. Das heißt, es kann nur zusammen funktionieren. Es muss zusammen mit den Gebern und den VN, oder der EU, oder wer dort alles ist, laufen. Aber ich glaube, wenn man wirklich sagt: Das wollen wir, und wir wollen das durchsetzen, wir wollen das verändern – dann wird es auch gehen. Aber es braucht den politischen Willen dazu, den politischen „Push“.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Wir haben Ihr Taxi angehalten. Sie müssen sich trotzdem sputen. Ich sage ein herzliches Dankeschön im Namen des Ausschusses, nicht nur für Ihr Erscheinen heute, sondern für die gute Zusammenarbeit und für manche Hinweise, die für uns als Parlamentarier auch im Zusammenspiel mit der Regierung ganz, ganz wichtig sind. Herzliches Dankeschön und ein besonders herzliches Dankeschön an VENRO. Wir kommen in die Fraktionsrunde und Frau Kollegin Steinbach hat das Wort für die CDU/CSU.

Abg. **Erika Steinbach** (CDU/CSU): Da darf ich noch eine Frage an Herrn Johnen anschließen, die ich Herrn Mogge zuliebe nicht anbringen wollte, damit er noch sein Gefährt erreicht. Mit großen Flüchtlingsströmen kommen ganz unterschiedliche Menschen in einem Lager zusammen. Das sieht man vor Ort im Nahen Osten. Aber wir sehen es in Deutschland: Da sind in einer einzigen Einrichtung Sunniten, Schiiten, Aleviten, Christen und Jesiden. Wir erkennen auch hier schon in Deutschland, dass es da zu Spannungen kommt, kommen kann. Im Nahen Osten sicherlich auch. Wie beurteilen Sie das? Für die Fraktion darf ich mich jetzt sehr herzlich bedanken für das, was Sie uns berichtet haben. Ich glaube, wir sind alle einer Meinung: Vieles, was wir heute erleben, das haben wir schon seit Jahren kommen gesehen. Ich habe in den letzten zwei, drei Jahren in jeder meiner Reden, wenn wir uns mit Menschenrechten und



Flüchtlingen beschäftigt haben, darauf hingewiesen, habe gesagt: Wenn wir nicht vor Ort helfen, die Menschen zu stabilisieren, sie nicht verhungern zu lassen, ihnen ein Dach über dem Kopf und den Kindern Beschulung zu geben, dann werden wir im Ende das auch mit ertragen müssen. Und so ist es ja auch gekommen. Vor diesem Hintergrund bitte ich darum, dass Sie alle - mit den jetzigen Erkenntnissen - dazu beitragen, weiteren Flüchtlingsströmen, die uns unter Umständen noch bevorstehen, vorzubeugen. Denn Vorbeugen, „Wehret den Anfängen“, ist immer besser als hinterher zu heilen. Dankeschön für Ihre Arbeit.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Wir haben bis 17:40 Uhr mit der Frage-und-Antwort-Runde Zeit. Zehn Minuten von 17:40 Uhr bis 17:50 Uhr: Jeder, der aus den Fraktionen hier in Anwesenheit der Experten noch eine Stellungnahme abgeben will, kann dies dann auch tun. Darauf haben wir uns als Ausschuss geeinigt. Die nächste Fragestellerin ist Frau Kollegin Höger für DIE LINKE.

Abg. **Inge Höger** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender und vielen Dank für die Berichte. Da kann ich mich nur anschließen. Die meisten von Ihnen haben wieder darauf hingewiesen, dass es ganz wichtig ist, Fluchtursachen zu bekämpfen, obwohl sie das selbst nicht können. Da sind andere gefragt. Aber Kriege zu beenden und auch etwas gegen die Klimakatastrophe zu tun – da wäre die sogenannte internationale Gemeinschaft sicherlich gefragt. Ich habe noch eine konkrete Frage an Frau Finis. Sie haben darauf hingewiesen, dass viele Flüchtlinge keine andere Möglichkeit sehen, als sich Schleppern in die Hände zu geben und dann unsichere Wege zu gehen. Was hätten Sie für Anforderungen an die Politik, andere Fluchtwege und -möglichkeiten zu schaffen? An Frau Hitzemann die Frage: Wie kann man es besser hinbekommen – was auch immer wieder Thema war –, direkt vor Ort, auch wenn die Fluchtursache noch nicht beendet ist, den Menschen zu helfen, in ihren Ländern zu bleiben und ihnen trotzdem Hilfe

zukommen zu lassen? Das ist, glaube ich, ein ganz großes Problem: Die Menschen überhaupt zu erreichen, wenn sie nicht in großen Flüchtlingslagern sind, sondern sich auf sonstige Art auf den Weg machen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Glöckner.

Abg. **Angelika Glöckner** (SPD): Ganz herzlichen Dank für die doch vielfältigen Ausführungen, die einmal mehr aufgezeigt haben, wie vielschichtig die Problemlagen und Herausforderungen vor Ort sind. Mich interessiert von Ihnen, Frau Finis: Wie sieht es denn vor Ort aus? Sie haben angesprochen, dass die Leute, die vor Ort sind, beispielsweise Gesundheitsberatung brauchen bzw. darin geschult werden müssen. Wer schult denn die Leute eigentlich bzw. was kann die Politik tun, um ihnen notwendige Hilfestellungen zu leisten, um dafür entsprechende Ausbilder an die Hand zu geben? Sie haben auch von Integration gesprochen, von Leuten, die wieder zurückkehren. Das finde ich einen interessanten Aspekt. Es war mir bisher noch gar nicht bewusst, dass die Leute dann auch in diese Lager zurückkehren. Können Sie das noch einmal konkretisieren: Wie man sich das vorstellen muss und was Ihrer Meinung nach konkret für die Leute dort getan werden muss? Sind aus Ihrer Sicht spezielle Ansätze oder Konzepte erforderlich? Das würde mich in diesem Zusammenhang noch einmal interessieren.

Dann: Wie ist es eigentlich mit den Leuten, die vor Ort sind? Auch noch einmal an Sie, Frau Finis. Auch die Erwachsenen. Frau Steinbach hat darauf hingewiesen, dass die Kinder Bildung brauchen. Das sehe ich ganz genauso. Es ist aber so, dass auch die Erwachsenen ihren Tag irgendwie bewältigen müssen und dieser strukturiert sein muss. Es muss etwas getan werden, dass die Tagesabläufe strukturiert sind. Gibt es denn ganz konkrete Programme vor Ort? Das vielleicht an die Runde insgesamt. Wo Arbeitsplätze geschaffen werden, die es den Menschen vor Ort ermöglichen, nicht nur das zu erarbeiten, was sie für sich selbst



brauchen, sondern auch dem Tagesablauf eine Struktur zu geben. Wie die Menschen vor Ort leben können hat auch etwas mit der Wirkung auf die Psyche zu tun. Danke.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Besten Dank. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Amtsberg.

Abg. **Luise Amtsberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich fand sehr gut, dass Sie alle noch einmal auf die Fluchtursachenbekämpfung eingegangen sind. Wir begegnen hier im Deutschen Bundestag häufig der Kritik, dass das eigentlich erst einmal nur eine Worthülse ist, von der wir alle wissen, dass sich darin ganz viel verbergen kann. Aber richtig gefüllt mit Leben haben wir sie alle irgendwie nicht. Insofern würde ich gerne hier noch einmal einsteigen. Wir hatten diesen Valletta-Gipfel, auf dem gesagt wurde, dass wir 1,8 Mrd. Euro aus den Töpfen der Entwicklungszusammenarbeit an die Staaten geben möchten, zum Beispiel Eritrea und Sudan. Es war eine ganze Reihe von Staaten, die da adressiert wurden. Da stellt sich natürlich die Frage: Wie kann es gelingen? Auf der einen Seite investiert man in Staaten, die selber Flucht produzieren. Das heißt, der Adressat dieses Geldes sollte vor allem der Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sein, so dass Menschen nicht mehr fliehen müssen. Wie kann man mit solchen Beschlüssen jetzt umgehen? Ist es vielleicht der falsche Weg? Da sind wir uns, glaube ich, einig. Aber wie kann so eine tatsächlich geleistete Arbeit vor Ort aussehen? Was sind die Projekte, die man unterstützen müsste? Welche Prävention wollen wir eigentlich? Welche sind die Themen, in die wir investieren müssen? Ist es in erster Linie Bildung oder ist es tatsächlich Rechtsstaatlichkeit? Das wird immer noch sehr wenig mit Leben gefüllt.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Wir starten in der Antwortrunde bei Frau Finis.

SV **Esther Finis** (Arbeiter-Samariter-Bund): Was ist konkret gemeint? Ich gehe erst einmal auf die Frage der Integration von Rückkehrern ein. Wir arbeiten

seit vielen Jahren zum Beispiel auf dem Balkan und bieten sozioökonomische Maßnahmen an: Schulungen in Unternehmensgründung, so dass Menschen die Fähigkeit, die sie haben, einsetzen können, um sich selbst ein Auskommen zu schaffen. Auch in Georgien: Soziales Unternehmertum, so dass Rückkehrer genauso wie Einheimische unterstützt werden bei der Gründung von sozialen Unternehmen, die dann auch wieder den Gastgemeinschaften zugutekommen. Zum Beispiel Pflegedienste, Kindertagesstätten, Werkstätten, in denen Prothesen repariert werden. All solche Dinge sind möglich und helfen auch, soziale Spannungen abzubauen. Solche Maßnahmen lassen sich gut übertragen. Wie gesagt, auf dem Balkan haben wir sehr lange Erfahrungen. Die Projekte haben wir in angepasster Form in Georgien mit großem Erfolg umgesetzt. Dort sehen wir große Perspektiven.

Auch Erwachsene müssen ihren Tag gestalten. Im Nordirak haben wir zum Beispiel in verschiedenen Flüchtlingslagern Gemeindezentren gebaut, in denen Berufsausbildungskurse auch für Erwachsene stattfinden, in denen Frauen einen Beruf erlernen können, in denen Jugendliche zum Beispiel Computerschulungen absolvieren können und sie in Berufen weitergebildet werden, die vor Ort auch gebraucht werden. Das strukturiert den Tag. Auch Erwachsene können, zum Beispiel, Sprachkurse in den Ländern besuchen, in denen sie sich aufhalten. Das ist auch eine Möglichkeit.

Wer macht es? Das machen vor Ort ganz oft regionale Partnerorganisationen und wir sehen großen Bedarf darin, die Mitarbeiter der Partnerorganisationen auch weiterzubilden, damit sie wissen, wie man an die Gelder herankommt. Wir haben gehört: Das ist ein großes Problem. Das gehört auch zu den Aufgaben, die wir als internationale NGOs sehen: Dieses Wissen auch an die lokalen Partner weiterzugeben.

Die Frage zum Schluss: Was erwarten wir konkret an Unterstützung? Wir glauben, dass Unterstützung wirklich benötigt wird. Nicht in dem einen Sektor



oder in dem anderen Sektor, die man gegeneinander ausspielt. Braucht man denn die Bildung mehr oder braucht man mehr Aufbau der Zivilgesellschaft? Wir glauben, dass das ineinander greifen und vernetzt sein muss, und eben nicht gegeneinander ausgespielt werden darf – medizinische Hilfe oder Bildung, für Erwachsene oder für Kinder. Ein integrierter Ansatz, der möglichst viele Menschen einbezieht und dadurch möglichst viele Menschen erreicht, ist unserer Meinung nach sehr zielführend.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Frau Hitzemann.

SV **Andrea Hitzemann** (Caritas International): Ich möchte als erstes auf die Frage eingehen: wie kann man vor Ort noch besser helfen? Ein Beispiel: Bei der Caritas Libanon oder der Caritas Jordanien ist es so, dass syrische Flüchtlinge dort auch Mitarbeiter sind und damit auch Arbeitsplätze haben und bezahlt werden. Also dort nicht als Ehrenamtliche, sondern als Mitarbeiter tätig sind und auch gleichzeitig sehen, dass sie selbst etwas tun können, um ihre Gemeinschaften, die geflohen sind, zu unterstützen. Da werden auch über diese Caritas-Strukturen Mietbeihilfen gegeben oder Bildungsmaßnahmen finanziert - also alles, was strukturierend ist und alles, was stabilisierend ist und im Libanon oder in Jordanien auch umgesetzt werden kann. Was es nicht gibt, sind eigene Schulen zum Beispiel für Flüchtlingskinder. Es ist für syrische Kinder durchaus schwierig in libanesischen Schulen zu sein. Denn es gibt zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen gewisse Spannungen, auch wenn es die gleiche Sprache ist: Arabisch. Dort ist bisher keine Schule, soviel ich weiß, entstanden. Aber es gibt solche Beispiele durchaus in anderen Ländern. Es gab schon seit langer Zeit irakische Flüchtlinge in der Türkei. Dort wurde zum Beispiel von der Caritas Türkei in Istanbul eine Schule betrieben und wird dies auch heute noch, in der die irakischen Lehrer, die geflüchtet sind, die Flüchtlingsfamilien – also die Kinder aus den Flüchtlingsfamilien, die auch in

Istanbul sind – unterrichten. Man kann also durchaus solche Schulsysteme in der Diaspora aufbauen. Das kennen wir ja auch. Wir haben auch nicht nur deutsche Schulen in Deutschland. Das kann man durchaus in anderen Ländern machen, denn unter den Geflohenen sind tatsächlich auch viele Lehrer. Dort gibt es schon eine breite Maßnahmenpalette, die aber auf Dauer auch finanziert werden muss. Gerade, wenn man ein solches System aufbaut, ist es eine gewisse Verstetigung.

Das Hauptproblem für die Familien sind aber sicherlich die mangelnden Möglichkeiten, eigenes Einkommen zu erwirtschaften. Der Libanon und Jordanien verhindern alles, was diese Menschen integrieren könnte, weil sie selber Bevölkerungsgruppen haben, die schwach sind und weil sie keine Verstetigung dieser Flüchtlingsgruppen bei sich wollen. Das hat zur Folge, dass Flüchtlinge auf dem Schwarzmarkt sind, zum Beispiel im Libanon den Schwarzmarkt beherrschen, oder dass Frauen zu sehr niedrigen Preisen arbeiten gehen und ausgebeutet werden. Es ist ein Hauptproblem, dass wir dort sehr schwer Einkommen schaffende Maßnahmen oder überhaupt Einkommen fördern können, während es in anderen Ländern einfacher ist. Dort, wo Saatgut verteilt werden kann und Boden vorhanden ist, dort wird auch angebaut – auch, wenn Flüchtlinge nicht mehr auf ihrem eigenen Boden sind, sondern Vertriebene im eigenen Land oder auch in anderen Ländern. Danke.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herr Johnen.

SV **Christof Johnen** (DRK): Frau Steinbach hatte gefragt: Spannungen in Flüchtlingslagern? Das Rote Kreuz, der Rote Halbmond, sind normalerweise nicht diejenigen, die die großen Flüchtlingslager betreiben. Das sind die VN-Organisationen. Wir bieten Dienste, für Gesundheit oder anderes an.

In Deutschland ist es teilweise jedoch schon der Fall. Das ist allerdings subjektiv und keine empirische Erhebung, aber vielleicht ein bisschen



die Wahrnehmung, die von den vor allem ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen hier in Deutschland kommt. Die Wahrnehmung ist nicht so sehr, dass es religiöse Spannungen gibt, sondern dass es mehr auf die Herkunftsländer ankommt, dass es deswegen zu Spannungen kommt - wobei wir, als Rotes Kreuz, es aber natürlich so sehen: Menschen zu trennen sollte nicht unsere Aufgabe sein und halten wir auch für ein falsches Signal. Menschen müssen eine Wahlmöglichkeit haben. So wie Menschen die Wahlmöglichkeit haben müssen, in Syrien zu bleiben oder das Land zu verlassen, nicht aber rausgebombt zu werden. So sehen wir das auch hier. Ich glaube, man muss bei den Situationen in Flüchtlingslagern, Flüchtlingsunterkünften generell sehen: Es sind die Lebensumstände, die Stresssituationen, in die Menschen dort gelangen. Nach unserer Erfahrung – die jetzt wieder eher international geprägt ist – ist das wesentlich häufiger der ausschlaggebendere Faktor als religiöse oder weltanschauliche Unterschiede. Danke.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Frau Khan.

SV **Sabrina Khan** (Islamic Relief Deutschland e.V.): Was können wir vor Ort tun? Ich denke, vor Ort ist es wichtig, dass man sich auch auf psychosoziale Betreuung konzentriert. Die Menschen müssen erst das Erlebte verarbeiten, bevor sie in Arbeitsmärkte oder in Bildungsmöglichkeiten integriert werden können. Islamic Relief hat solche Angebote zurzeit in Jordanien und im Libanon. In Deutschland finden wir es auch wichtig, vor dem Hintergrund dieser Konflikte, die zwischen verschiedenen Herkunftsländern entstehen können, sich auf Projekte zu konzentrieren, die interkulturelles Verständnis fördern. Das wird auch demnächst der Fokus von Islamic Relief in Deutschland sein.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Frau Wesemann.

SV **Susanne Wesemann** (Handicap International e.V.): Wenn ich eine kurze Sache zu

Fluchtursachen ergänzen kann - ich hatte es erwähnt: Das Thema humanitäres Minenräumen wird von Deutschland durchaus finanziert. Das ist sehr positiv. Das ist aber ein Aspekt, den ich auf jeden Fall betonen möchte: Die Notwendigkeit, Risikoaufklärung zu betreiben, um die Bevölkerung darüber aufzuklären, wo sich Gefahren befinden, und auch Aktivitäten, wie humanitäres Minenräumen, weiter zu finanzieren. Das ist aus Sicht meiner Organisation ein Thema, das wir auf jeden Fall weiter vorantreiben wollen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich möchte vielleicht noch eine letzte Frage an Frau Hitzemann stellen, die den Libanon angesprochen hat, und vielleicht auch an die Vertreter der VN – wer etwas dazu sagen kann. Mich haben aktuell Schilderungen erreicht, dass man sich im Grenzgebiet auf der libanesischen Seite nach Syrien bei der medizinischen Versorgung nur noch darauf beschränken würde, Kopfschmerztabletten und fiebersenkende Medikamente einzusetzen. Ich würde einfach die Vertreter hier fragen, ob dem so ist? Haben Sie dazu Erkenntnisse?

SV **Johan Cels** (UNHCR): Ich kann das nicht bestätigen, frage aber gerne bei unseren Kollegen im Libanon nach, ob es sich so verhält, und werde darauf zurückkommen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Das wäre sehr nett, wenn Sie uns eine schnelle Antwort geben könnten. Denn wenn dem so sein sollte, ist das wieder einer der Gründe, warum sich Leute auf den Weg machen und sich dann anschließend alle wundern, warum das so ist. Hier sitzen die Experten, aber in anderen Bereichen in den Mitgliedsländern, bin ich des Öfteren in den letzten Monaten gefragt worden, warum wir nicht gewusst haben, dass das World-Food-Programm so reduziert worden ist. Manchen musste ich die Antwort geben, die ehrliche Antwort – ich habe immer zuerst gefragt, ob sie eine ehrliche Antwort haben wollen –, dass es nicht interessiert hat.



In dem Sinne sage ich ein herzliches Dankeschön für Ihr Kommen. Die Fraktionen verzichten auf Grund der fortgeschrittenen Zeit auf Abschlussstatements. Uns haben auch einige Kollegen und Referenten verlassen, weil Nachfolgetermine geplant waren. Es gab eine Reihe von Teilnehmern, die heute Abend auf Podien bei Podiumsdiskussionen sitzen. Wir haben den Zeitplan aufgrund der namentlichen Abstimmung nicht immer selbst in der Hand. Aber ich möchte ein ganz herzliches Dankeschön im Namen des Ausschusses für Ihr heutiges Kommen sagen. Aber - noch viel wichtiger – auch für Ihre Arbeit, die Sie das ganze Jahr tun, die VN, die internationalen Organisationen, die europäischen Organisationen, die nationalen Akteure, und ich möchte ganz besonders zum Schluss die NGOs mit in diesen Dank einschließen, die für uns ein ganz wichtiger Ratgeber bei unserer Arbeit sind. Deswegen: Von Herzen Dank für die Arbeit und lassen Sie uns in

diesen schwierigen Zeiten versuchen, alles zu mobilisieren, so dass wir zu guten Lösungen kommen, also nicht zu den einfachen Antworten – die gibt es nicht -, sondern dass wir unser Bestes versuchen, die dramatische Lage etwas zu lindern und wieder in eine bessere Richtung zu lenken. In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön und einen guten Heimweg.

Ich sage auch ein großes Danke an die vielen Zuhörer, die heute hier gewesen sind, die dieser Veranstaltung beigewohnt haben, die durchgehalten haben. Ab morgen steht diese Anhörung online auf dem Angebot des Deutschen Bundestages zur Verfügung.

Lassen Sie uns – das ist der abschließende Wunsch – im Gespräch bleiben, weil das wichtig ist in diesen Zeiten. Vielen Dank für Ihre Arbeit.



Schluss der Sitzung: 18:35 Uhr

Michael Brand, MdB
Vorsitzender